

## EINWOHNERRAT

### PROTOKOLL

der 24. Sitzung des Einwohnerrates Allschwil (Amtsperiode 2000-2004)

---

Sitzungsdatum: 11. Dezember 2002  
 Sitzungsort: Aula Schulhaus Lettenweg, Lettenweg 25, Allschwil  
 Sitzungsdauer: 18.00 – 22.30 Uhr

---

#### Präsenz

Einwohnerrat: Vorsitz Alexandre Philipp, Präsident Einwohnerrat  
 Gemäss Präsenzliste

Gemeinderat: Ruth Greiner, Präsidentin  
 Dr. Anton Lauber, Vizepräsident  
 Dr. Leo Zehnder  
 Roman Meury  
 Bea Fuchs  
 Paul Schüpbach  
 Nicole Nüssli

Gemeindeverwaltung: Markus Rudolf-von-Rohr, Stv. Gemeindeverwalter  
 Christine Graf, Sekretariat Einwohnerrat (Protokoll)

Gäste: ---

Entschuldigt: Dr. Ivo Corvini  
 Jan Oppliger  
 Max Kamber, Gemeindeverwalter

Abwesend: ---

---

#### Bereinigte Traktandenliste

1. Berichte des Gemeinderates und der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission betreffend Voranschläge für das Jahr 2003 Geschäft 3383/A
- 1.1 EINTRETENSDEBATTE
- 1.2 Stellungnahmen des Gemeinderates und der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission zu den Budget-Postulaten Geschäft 3383B/C
- 1.2.1 Budget-Postulat von Robert Richner und Iris Zihlmann, FDP-Fraktion, betreffend sämtliche Positionen ...318, Dienstleistungen und Honorare: Kürzung um insgesamt CHF 77'140 auf neu CHF 3.1 Mio. Geschäft 3390

- 1.2.2 Budget-Postulat von Christoph Morat, namens der SP-Fraktion, betreffend  
Pos. 240-314, Sachaufwand; Baulicher Unterhalt durch Dritte, Sanierung Aufzug im Schulzentrum Neu-Allschwil:  
Erhöhung um CHF 20'000 Geschäft 3400
- 1.2.3 Budget-Postulat von Hanspeter Frey, FDP-Fraktion, betreffend  
Pos. 296-364, Gemischtwirtschaftliche Unternehmungen, Beitrag an Missione Cattolica:  
Erhöhung um CHF 30'000 Geschäft 3391
- 1.2.4 Budget-Postulat von Bruno Steiger, SD-Fraktion, betreffend  
Pos. 300-311, Sachaufwand Mobilien, Maschinen, Fahrzeuge; Anschaffung Kunstgegenstände:  
Kürzung um CHF 10'000 Geschäft 3401
- 1.2.5 Budget-Postulat von Christoph Morat, namens der SP-Fraktion, betreffend  
Pos. 300-363, Eigene Beiträge, Zweckverbände; Einsatz von Verkehrskadetten während Ängelimärt:  
Erhöhung um CHF 5'000 Geschäft 3402
- 1.2.6 Budget-Postulat von Bruno Steiger, SD-Fraktion, betreffend  
Pos. 300-363, Eigene Beiträge an Zweckverbände, Kulturpreis und Kulturförderpreis um je 50% kürzen:  
Kürzung um CHF 8'500 Geschäft 3403
- 1.2.7 Budget-Postulat von Hanspeter Frey, FDP-Fraktion, betreffend  
Pos. 300-364, Eigene Beiträge an Gemischtwirtschaftliche Unternehmungen, Beitrag an GGG:  
Kürzung um CHF 35'000 Geschäft 3392
- 1.2.8 Budget-Postulat von Bruno Steiger, SD-Fraktion, betreffend  
Pos. 342-434, Entgelte, Andere Benützungsggebühren; Einnahmen aus Eintritt Hallenbad:  
Erhöhung um CHF 14'000 Geschäft 3404
- 1.2.9 Budget-Postulat von Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion, betreffend  
Pos. 359-369, Uebrige Beiträge, Beitrag an Spielgruppen der evangelisch reformierten Kirchgemeinde:  
Erhöhung um CHF 17'000 Geschäft 3381
- 1.2.10 Budget-Postulat von Mathilde Oppliger, Dr. Ivo Corvini, Ursula Pozivil, Jean-Jacques Winter, Mark Aellen und Alexandre Philipp betreffend  
Pos. 589-364, Eigene Beiträge an Gemischtwirtschaftliche Unternehmungen, Suppentagprojekte:  
Erhöhung um CHF 10'000 Geschäft 3405
- 1.2.11 Budget-Postulat von Hanspeter Frey, FDP-Fraktion, betreffend  
Pos. 690-365, Eigene Beiträge an Private Institutionen, Ruftaxi:  
Erhöhung um CHF 120'000  
Pos. 690.436, Rückerstattungen von Privaten, Ruftaxi:  
Erhöhung um CHF 20'000 Geschäft 3393

- 1.2.12 Budget-Postulat von Christoph Morat, SP-Fraktion, betreffend  
Pos. 690-365, Eigene Beiträge an Private Institutionen; Ruftaxi:  
Erhöhung um CHF 60'000  
Pos. 690-436, Rückerstattungen von Privaten, Ruftaxi:  
Erhöhung um CHF 42'000  
Geschäft 3406
- 1.2.13 Budget-Postulat von Robert Richner und Iris Zihlmann, FDP-Fraktion,  
betreffend  
Pos. 780-312, Sachaufwand Wasser, Energie , Heizmaterialien,  
Reduktion Wasserverbrauch bei öffentlichen Brunnen:  
Kürzung um CHF 25'000  
Geschäft 3394
- 1.2.14 Budget-Postulat von Lucius Cueni, SP-Fraktion, betreffend  
Pos. 780-366, Eigene Beiträge an Private Haushalte, Beibehalten  
der Ertragsausfall-Entschädigung für ökologische Ausgleichsflächen:  
Erhöhung um CHF 20'000  
Geschäft 3407
- 1.2.15 Budget-Postulat von Robert Richner und Iris Zihlmann, FDP-Fraktion,  
betreffend  
Pos. 790-318, Sachaufwand Dienstleistungen, Honorare (Raumplanung),  
Areal d'Aujourd'hui:  
Kürzung um CHF 30'000  
Geschäft 3395
- 1.2.16 Budget-Postulat von Robert Richner und Iris Zihlmann, FDP-Fraktion,  
betreffend  
Pos. 841, Marktwesen:  
Kürzung der gesamten Budgetposition um CHF 9'700  
Geschäft 3396
- 1.2.17 Budget-Postulat von Robert Richner und Iris Zihlmann, FDP-Fraktion,  
betreffend  
Pos. 140-506.04 und Pos. 140-661.01, Investition Kombifahrzeug  
Feuerwehr, Subvention für das Kombifahrzeug:  
Streichung der gesamten Position, netto -CHF 328'000  
Geschäft 3397
- 1.2.18 Budget-Postulat von Bruno Steiger, SD-Fraktion, betreffend  
Pos. 140-506.04 und Pos. 140-661.01, Investition Kombifahrzeug  
Feuerwehr, Subvention für das Kombifahrzeug:  
Streichung der gesamten Position, netto -CHF 328'000  
Geschäft 3408
- 1.2.19 Budget-Postulat von Christoph Morat, namens der SP-Fraktion,  
betreffend  
Pos. 140-506.04 und Pos. 140-661.01, Investition Kombifahrzeug  
Feuerwehr, Subvention für das Kombifahrzeug:  
Streichung der gesamten Position, netto -CHF 328'000  
Geschäft 3409
- 1.2.20 Budget-Postulat von Christoph Morat, SP-Fraktion, betreffend  
Pos. 620-501.14, Investition Öffentliche Beleuchtung, Neuanlage:  
Erhöhung um CHF 120'000  
Geschäft 3410
- 1.2.21 Budget-Postulat von Robert Richner und Iris Zihlmann, FDP-Fraktion  
betreffend  
Pos. 740-503.01, Investitionsrechnung, Friedhof; Sanierung Kapelle  
und Nebengebäude:  
Kürzung um CHF 900'000  
Geschäft 3398

1.3 Detailberatung

1.3.1 Voranschlag der Einwohnerkasse

1.3.2 Festsetzung der Gemeindesteuern pro 2003

1.3.2.1 Budget-Postulat von Bruno Steiger, SD-Fraktion, betreffend  
Pos. 900-400, Steuern Natürliche Personen, Einkommenssteuern,  
Steuerfuss auf 57 % belassen:  
Kürzung um CHF 600'000  
Geschäft 3411

1.3.3 Festsetzung der Feuerwehrsteuer pro 2003

1.3.4 Festsetzung des Wasserverkaufspreises pro 2003

**Die Protokollführerin**

**Christine Graf**

---

**Einwohnerratsprotokoll Nr. 23 vom 11. Dezember 2002**

**://:** Das Protokoll wird ohne Änderung genehmigt.

**Der Präsident des  
Einwohnerrates Allschwil**

**Alexandre Philipp**

---

### **Begrüssung**

Der Vorsitzende **Alexandre Philipp** begrüsst zu heutigen Budget-Sitzung und fordert zu einer speditiven Beratung auf. Ziel des heutigen Abend sei es, mindestens alle Budgetpostulate zu behandeln. Das Büro wird sodann entscheiden, ob die Detailberatung des Budgets 2003 erst am 18.12. durchgeführt werden soll.

Der Vorsitzende kommt auf den heute Abend stattfindenden Fussballmatch der Champions League FC Basel – FC Juventus Turin zu sprechen. Falls aus dem Rat kein gegenteiliger Antrag eingeht, wird die Plenarsitzung zeitlich wie gewohnt durchgeführt.

**Kurt Kneier**, CVP/SVP-Fraktion, vermutet aufgrund dieses Votums, dass geplant ist, die heutige Sitzung aufgrund der Champions League frühzeitig zu beenden. Er findet dies eine sehr schlechte Idee. Nun müssten Prioritäten gesetzt werden und das Budget effizient zu Ende beraten werden. Er verlangt, dass, falls eine zweite Sitzung am 18.12. notwendig wird, diese nicht entschädigt wird.

**Alexandre Philipp** bemerkt, dass er missverstanden wurde und gleicher Meinung sei.

**Max Amsler**, SD-Fraktion, plädiert für einen frühzeitigen Abbruch der Sitzung und für die Durchführung einer zweiten Sitzung am 18.12. Er rät, den Vorschlag von Kurt Kneier abzulehnen.

Der 1. Vize-Präsident **Jean-Jacques Winter** kommt auf die Budget-Sitzung 2001 zu sprechen, welche 6 Stunden gedauert hat. Einen solchen Marathon zu wiederholen sei nicht sinnvoll. Es müsse sinnvoll vorgegangen werden und ohne Zeitdruck. Er plädiert, die Sitzung wie gewohnt um +/- 21 Uhr zu beenden und bei Bedarf am 18.12. fortzusetzen.

### **Mitteilungen**

- Der Gemeinderats-Bericht Geschäft 3388, Quartierplanung Sandweg, wurde anlässlich der Büro-Sitzung vom 6.1.03 zur Vorberatung an die VPK überwiesen..
- Das Teilrevidierte Geschäftsreglement des Einwohnerrates tritt am 1.1.03 in Kraft.
- Dank an Herr und Frau Gloor für weihnächtliche Saaldekoration
- Bitte Handys ausschalten!

### **Bereinigung der Traktandenliste**

**://: Die Traktandenliste wird unverändert gutgeheissen.**

### **Neue Vorstösse**

---

### **Neue Parlamentsmitglieder / Rücktritte aus dem Parlament**

---

**1. Berichte des Gemeinderates und der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission betreffend Voranschläge der Einwohnerkasse sowie Festsetzung der Gemeindesteuern, der Feuerwehrsteuer und des Wasserpreises für das Jahr 2003, Geschäft 3383/A**

---

Die Präsidentin der vorberatenden Finanz- und Rechnungsprüfungskommission (FIREKO), **Verena Meschberger**, geht davon aus, dass alle Anwesenden die Berichte 3383 und 3383A eingehend studiert haben. Aus diesem Grund beschränkt sich die FIREKO-Präsidentin auf ergänzende Bemerkungen:

Es sei ihr ein Anliegen, dem Gemeinderat für die ausführlichen Erläuterungen des Budgets 2003 zu danken. Ebenso dankt sie den Mitarbeitenden der Gemeindeverwaltung, denn ohne deren engagierte Mitarbeit und deren Mitdenken wäre die Erarbeitung des Budgets unmöglich gewesen. Sie hätten es verstanden, die Vorgaben des Gemeinderates, insbesondere die Beschränkung des Sachaufwandes, auf dem bisherigen Niveau umzusetzen, mit einem gerade noch vertretbaren Budget-Defizit und einer Steuererhöhung von lediglich 1 %. Das Defizit empfindet sie als knapp akzeptabel, weil dadurch das Eigenkapital der Gemeinde in etwa aufgebraucht wird. Verena Meschberger hätte eine grössere Steuererhöhung befürwortet. Ebenfalls weist sie darauf hin, dass sich die finanzielle Situation Allschwils nicht erst im Jahr 2002 verschlechtert hat. Auch wenn andere Gemeinden die selben Symptome aufweisen, sei dies noch kein Anlass, sich zurückzulehnen und getreu dem Baselbieter Motto „Mir wei luege“ nichts zu unternehmen. Es sei im Gegenteil sehr wichtig, umgehend Massnahmen zu erarbeiten, damit positive strukturelle Veränderungen der Finanzlage herbeigeführt werden können. Entweder müsse man schauen, wo man sparen muss, soll, kann oder darf, ohne dass eine Zwei-Klassen-Gesellschaft entsteht; oder es müssen neue Einnahmequellen generiert werden, ohne dass Personen von Allschwil nur wegen den Steuern wegziehen oder gar nicht erst zuziehen. Ob tatsächlich so viele Personen aus Allschwil nur wegen der Steuern wegziehen, stellt Verena Meschberger in Frage. Die FIREKO-Präsidentin erwähnt die Liste der Steuersätze aller BL-Gemeinden: Von 86 Gemeinden haben lediglich 15 einen Steuersatz von weniger als 57 %, 6 haben einen Satz von 57 % und 65 Gemeinden haben einen höheren Steuerfuss, so z.B. Liestal mit 67 %; Birsfelden, in etwa vergleichbar mit Allschwil, zahlt 62 %. Was aber bei der Steuersatzdebatte oftmals vergessen werde, sei die Eigenkapital-Basis einer Gemeinde, so weiter Verena Meschberger. Lausen publiziert z.B. bei einem Steuersatz von 52% ein Defizit und budgetiert ohne Steuererhöhung. Diese Gemeinde kann sich das leisten, weil sie eine gute Eigenkapital-Basis aufweist.

Um die geforderten positiven strukturellen Veränderungen in den Voranschlägen in die Wege zu leiten, sieht die FIREKO-Präsidentin folgende Möglichkeiten: Die Verwaltung hat sämtliche 45 *Allwo* Leistungsaufträge 6 Wochen vor Frist vorgelegt. Sie spricht ihren Dank aus für diese gute Leistung. Dies bedeutet, dass das Parlament im Frühjahr 03 nebst den Soll-Werten auch Ist-Werte zu den Dienstleistungen erhält. Damit kann genau festgestellt werden, was die 45 Leistungen kosten, ob die Leistung auch dem geforderten Preis entspricht und ob sich Allschwil diese Leistung noch erlauben kann. Jede Aenderung eines Leistungsauftrages wird sodann kurz-, mittel- oder langfristig Auswirkungen auf die Gemeindefinanzen haben. Dies setze aber voraus, dass man die Leistungsaufträge und –berichte genau studiert und hinterfragt, so dass entsprechende Leistungspostulate eingereicht und dadurch Aenderungen aufgegleist werden können. Die WIKO wird in den nächsten zwei Monaten alle 45 Leistungsaufträge im Detail studieren, um mit dem Gemeinderat und der Verwaltung allenfalls auftauchende Frage zu diskutieren. Die FIREKO- und GPK-Mitglieder sind sich des grossen Aufwandes bewusst. Sie sind aber auch überzeugt, dass sich dieser lohnt, damit positiv auf das Leistungsangebot der Gemeinde Allschwil, welches im Entscheidungsbereich des Einwohnerrates liegt, Einfluss genommen werden kann.

Zum Budget: Theoretisch könnte auf eine Detailberatung des Budgets 03 verzichtet werden, weil dieses auf relativ unsicheren Beinen steht, nachdem der neue Finanzausgleich noch im

Landrat hängig ist und die Auswirkungen des neuen Bildungsgesetzes noch unklar sind. Dennoch hat der Gemeinderat ein realistisches, wenn auch nicht angenehmes Budget vorgelegt. Die FIREKO-Präsidentin bittet einerseits um Eintreten auf Geschäft 3383 und andererseits darum, die Steuersätze gemäss Antrag Gemeinderat und FIREKO zu beschliessen.

*Der Bericht 3383A bildet Bestandteil dieses Protokollauszuges.*

Der Departementsvorsteher Finanzen, **Dr. Leo Zehnder**, spricht der FIREKO, welche die Voranschläge 2003 intensiv behandelt hat, seinen Dank aus. Sein Dank schliesst auch seine Gemeinderatskolleg/innen und die Mitarbeitenden der Verwaltung ein, welche einen grossen Beitrag zur Budget-Erarbeitung 2003 geleistet haben.

Bezüglich der Interpellation Nr. 3378 von Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion, nimmt Leo Zehnder wie folgt Stellung: Auf den Bericht an den Einwohnerrat Nr. 3336, Ueberprüfung der Dienstleistungen der Einwohnergemeinde, Kürzungsvorschläge des Gemeinderates, ist der Einwohnerrat am 20.3.2002 nicht eingetreten. Daraufhin hat der Gemeinderat in Eigeninitiative im Budget 2003 folgende Sparmassnahmen eingebracht:

1. Im Personalbereich: Neueinstellungen zu tieferen Gehältern als bisher; Karenzfrist bei freiwerdenden Stellen; eingehende Bedarfsabklärungen.
2. Sachaufwand: Striktes Einhalten des Plafons von CHF 8 Mio.
3. Freiwillige Hauswirtschaftskurse werden ab Wintersemester 2002 kostendeckend ausgeschrieben; der Betrieb der Freizeitwerkstatt wurde eingestellt; das Budget für die Partnerschaft Blaj ist auf ein Minimum reduziert; Beiträge an Vereine und Organisationen werden gemäss neuen Richtlinien nur noch projektbezogen geleistet; Beiträge an kulturelle Organisationen BS wurden wesentlich reduziert; Streichung des Beitrags an die christ-katholische Kirchgemeinde; Reduktion der Beiträge an gemeinnützige Organisationen um ca. CHF 100'000; Einstellung des Ruftaxi-Betriebes per Ende 2002; Streichung der Beiträge an Spielgruppen und an das Tagesheim Missione Cattolica.

Diese vom Gemeinderat vorgesehen Einsparungen reduzieren den budgetierten Aufwand um ca. CHF 500'000. Gleichzeitig haben sie auch den Unmut zahlreicher Einwohner/innen hervorgerufen.

Die Budgetdebatte 2003 war die intensivste aller bisherigen Budgetdebatten überhaupt, fasst Dr. Leo Zehnder zusammen. Es kann festgestellt werden, dass der Personalbereich-Aufwand unter demjenigen des Budgets 2002 liegt, ebenso der Sachaufwand, die Passivzinsen und die Eigenen Beiträge. Diese grosse Leistung hat der Gemeinderat zusammen mit der Verwaltung erzielt. Aber auch der Ertrag liegt unter dem Budget 2002. Die Gründe dafür sind bekannt: Stagnation der Steuererträge, Wegfall der Annuitäten (CHF 600'000), Reduktion der Lehrerlohnsbeihilfen (CHF 300'000) Wegfall von Nebensteuereinnahmen (CHF 500'000). Aufgrund dieser delikaten Situation beantragt der Gemeinderat eine Steuererhöhung um 1 % von 57 auf 58 % sowie einen Grundstückverkauf. Zusammenfassend hält der Finanzvorsteher fest, dass der Gemeinderat seine Spar-Aufgabe erfüllt hat. Er bittet den Einwohnerrat, ihn heute Abend in seinen Bemühungen zu unterstützen.

Für die Zukunft setzt der Gemeinderat folgende Schwerpunkte:

1. Wirtschaftsförderung als eine der wichtigsten kommenden Aufgaben, die mit verschiedenen Massnahmen noch unterstützt werden kann: Aufzoning im linksufrigen Bachgrabengebiet (ER-Bericht 3385) und Bemühungen um I-Parc Allschwil. Die Investitionen werden, wie aus dem Finanzplan ersichtlich ist, auf einem hohen Niveau belassen (z.B. Investitionen in Schulhäuser).

2. Unterstützung des Projektes „Wohnen und Arbeiten in Allschwil“ anlässlich der Gewerbeausstellung „EXPO 03“. Realisierung diverser Bauprojekte: Sandweg, Ziegeleiareal, Wegmatten I und II.
3. Ueberprüfung der Strukturen und Gemeindeaufgaben Allschwils. Die Wirkungsorientierte Verwaltungsführung *Allwo* wurde flächendeckend eingeführt. Deshalb werden in Kürze erstmals konkrete Daten über die Kosten der Dienstleistungen vorliegen. Diese Daten bilden eine gute Entscheidungsgrundlage für Gemeinderat und Einwohnerrat.

Mit diesen Massnahmen glaubt der Gemeinderat die Entwicklung der Gemeinde Allschwil positiv fördern zu können. Dies bedinge aber die Unterstützung und Mitwirkung des Einwohnerrates sowie des Stimmvolkes. Ein erster Schritt dazu sieht Leo Zehnder in der Genehmigung der gemeinderätlichen Voranschläge für das Jahr 2003.

*Der Bericht 3383 bildet Bestandteil dieses Protokollauszuges.*

## 1.1 EINTRETENSDEBATTE

**Iris Zihlmann**, namens der FDP-Fraktion, gibt Zustimmung zum Eintreten auf Geschäft 3383 bekannt. Sie blickt zurück auf die Marathon-Budgetsitzung 2001, welche ihrer Meinung nach auch ihr Gutes hatte: Wäre man damals bereits dem gemeinderätlichen Antrag auf eine Steuererhöhung auf 58 % gefolgt, würde heute bestimmt ein Antrag auf 59 % vorliegen. Durch die Einsparungen des einen Steuerprozentes wurde ein klares Zeichen gesetzt und ein Sparprozess ausgelöst. Ebenfalls weist sie darauf hin, dass die Gemeinderrechnung über Jahre durch ausserordentliche Erträge besser ausgesehen habe, als sie tatsächlich war. Allen Anwesenden sei bestens bekannt, dass Allschwil ein strukturelles Problem habe. Jetzt sei der Gemeinderat gefordert, dieses so rasch als möglich in den Griff zu bekommen; sei dies durch Einsparungen im Dienstleistungsbereich oder bei den Lehrerlöhnen - denn auch bei letzteren könnte Einsparungen durch Optimierung der Klassengrössen erzielt werden.

**Peter Humbel**, namens der SP-Fraktion: Zwar berate der Einwohnerrat über die Voranschläge, die grösste Arbeit erledige jedoch die Verwaltung, welche über die dafür notwendigen Detailkenntnisse verfüge, um dem Parlament einen vernünftigen Voranschlag unterbreiten zu können. Der Gemeinderat werde nun zu den Budget-Postulaten Stellung nehmen, mit dem Ziel, ein gesundes Verhältnis zwischen Einnahmen und Ausgaben zu schaffen. Bund, Kanton und Gemeinden haben mit verschiedenen Modellen bereits versucht, gesunde Gemeindefinanzen herbeizuführen: Schuldenbremse, Ausgabenbegrenzung, Rentabilitätsindexierung – alle Modelle weisen aber auch Schwachstellen auf. Was den Behörden auf dieser Ebene gemeinsam ist, ist die Entscheide zu fassen. Dabei lässt es sich nicht vermeiden, dass immer auch eine Personengruppe enttäuscht wird. Zudem werden die Entscheide in einem grossen Rahmen getroffen und berücksichtigen keine Details. Das politische System verfügt noch über eine dritte Ebene in diesem Prozess: Behörden wie der Einwohnerrat oder der Souverän. Diesen fehlten meistens die Detailkenntnisse, so dass Änderungsanträge zum Budget immer von partikularem Interesse seien. Der Rat habe aber den Vorteil, am Prozess beteiligt zu sein, was etwas Distanz schaffe. Aus dieser Distanz lasse sich aus Sicht der SP-Fraktion Folgendes feststellen: Der Bund hat einige Mühe, die Schuldenbremse umzusetzen und wälzt viele seiner Kosten an die Kantone ab. Der Kanton BL kämpft ebenfalls mit roten Zahlen und die Gemeinden müssen zusätzliche Kosten übernehmen, was insgesamt ca. CHF 1.4 Mio. oder 2.5 Steuerprozenten entspricht. Dieser Satz von 2.5 % sollte heute Abend während der Budgetdebatte präsent sein.

Viele Gemeinden sehen sich gezwungen, die Kosten auf die Einwohnerschaft zu übertragen. Meistens geschieht dies nicht ohne Kürzung des Dienstleistungsangebotes. Die zentrale Frage der Budgetdebatte sei deshalb: Welchen Weg soll Allschwil gehen? Der Gemeinderat gibt eine klare Linie vor: Aktivierung der Landreserven, Minimierung der von der Gemeinde kontrollierten Ausgaben, moderater Dienstleistungsabbau. Gleichzeitig soll aber auch die Attraktivität Allschwils als Firmensitz gesteigert werden.

Die SP-Fraktionen setzen sich landesweit für eine konjunkturfördernde Finanzpolitik ein, ohne dabei die Aspekte von Solidarität, Lebensqualität, Bildung und Kultur ausser acht zu lassen. Es sei nicht einzusehen, dass diese Aspekte nur denjenigen vorbehalten sind, welche bereits aufgrund ihrer finanziellen Besserstellung davon profitieren. Eine Zweiklassengesellschaft darf nicht entstehen.

Peter Humbel blickt zurück auf frühere Voranschläge: Der Gemeinderat verfolge seit Jahren die Strategie der Ausgabenbegrenzung, dem moderaten Dienstleistungsabbau und der Wirtschaftsförderung. Leider habe sich die Situation nicht verbessert und Allschwil habe stark an Substanz verloren. Deshalb frage sich die SP-Fraktion, wie lange sich Allschwil den Spargang noch leisten könne. Eintreten auf Geschäft 3383 könne und dürfe nicht bestritten werden. Die Fraktion wird sich zu einzelnen Budgetpositionen melden und hofft, dadurch Weichen stellen zu können, die einer sozialen Budgetierung gerecht wird. Der Fraktionssprecher ist überzeugt, dass Bildung und Kultur einen wesentlichen Beitrag zu einer gesunden Gemeinde leisten, was einer langfristigen Investition gleichkommt und dass Solidarität letztendlich die bessere Strategie zum Gedeihen ist. Mit dieser starken Überzeugung ist die SP-Fraktion für Eintreten.

**Stevie Brügger**, namens der CVP/SVP-Fraktion: Mit Ausnahme weniger Details heisst seine Fraktion die Voranschläge 2003 gut. Es muss gespart werden, dies sei allen klar, und zwar dort, wo es nicht die Allgemeinheit betrifft, sondern eine bestimmte Interessengruppe. Zum Teil seien die strukturellen Massnahmen noch nicht eingeleitet worden, zum Teil würden diese noch nicht greifen; dies werde noch 2-3 Jahre dauern. Deshalb biete sich im Moment nur der Steuersatz zum Herbeiführen von Veränderungen an. Grundsätzlich ist die CVP/SVP-Fraktion für Eintreten.

**Bruno Steiger**, namens der SD-Fraktion, dankt für die transparenten Voranschläge 2003, die leider ein unerfreuliches Defizit enthielten. Der Gemeinderat habe echte Sparanstrengungen unternommen und politisch Farbe bekannt, wird gelobt. Es wird begrüsst, dass der Gemeinderat die Ideen der SD-Fraktion der letzten Jahre aufgenommen hat. Schlechte Noten hingegen erhält das ausgabenfreudige Parlament, welches im März die gemeinderätlichen - durchaus annehmbaren - Sparvorschläge abgelehnt hat. Diese hätten das heutige Budget verbessert. Grundsätzlich wird die SD-Fraktion heute Abend die Anträge auf Einsparungen unterstützen. Eine Steuererhöhung wird kategorisch abgelehnt, denn je mehr Geld vorhanden sei, je mehr werde ausgegeben.

Zum Votum Zehnder betreffend Wirtschaftsförderung: Bruno Steiger fragt sich, ob die Wirtschaft der öffentlichen Hand ausser Arbeitslosen noch etwas anderes beschere? Wirtschaftsförderung müsse differenziert betrieben werden.

Die SD-Fraktion ist grundsätzlich für Eintreten, mit der Hoffnung, das vorhandene Defizit zu eliminieren oder im besten Fall zu reduzieren und den heutigen Steuersatz von 57 % beizubehalten.

**://: Eintreten auf Geschäft 3383 ist unbestritten.**

## **1.2 STELLUNGNAHMEN DES GEMEINDERATES UND DER FINANZ- UND RECHNUNGS-PRÜFUNGSKOMMISSION ZU DEN BUDGET-POSTULATEN, GESCHÄFT 3383B/C**

FIREKO-Präsidentin **Verena Meschberger** hat festgestellt, dass in früheren Jahren die Stellungnahme des Gemeinderates zu den Budgetpostulaten der FIREKO vor deren Stellungnahme bekannt war. Dies trifft für dieses Jahr nicht zu: der Prozess verlief parallel. Sie dankt dem Gemeinderat und der Verwaltung für die grosse Arbeit, welche hinter den Ausführungen liege. Sie ist überzeugt, dass diese den Fraktionen in den Diskussionen dienlich waren. Im Weiteren macht die Kommissionsvorsitzende darauf aufmerksam, dass sich die FIREKO darauf beschränkt, ihre Abstimmungsresultate zu den einzelnen Postulaten bekannt zu geben und ihre Entscheide nur in einzelnen Fällen zu begründen. In 13 von 22 Budget-Postulaten stimmen die Empfehlungen des Gemeinderates und der Kommission überein. Sie erwähnt als Ausnahme die zwei Postulate betreffend Erhalt des Ruftaxis. Die Überlegungen der

FIREKO, die Postulate abzulehnen - nämlich die vorgesehene totale Streichung des Ruftaxis gutzuheissen – biete einen ganz grossen Anreiz, sich ganz ernsthaft mit dieser Angelegenheit auseinander zu setzen und machbare Alternativen zum Vollkosten-Fahrpreis von CHF 20 zu suchen, z.B. auf der Gemeindeverwaltung erhältliche Taxi-Gutscheine. Es sei eine sehr menschliche Eigenschaft, dass der Geist erst unter Druck aktiv und innovativ werde. Verena Meschberger hat ebenfalls die Häufigkeit von Budget-Postulaten über die letzten Jahre recherchiert: 1999 : 2; 2000 : 7; 2001 : 16; 2002: 22 resp. 18. Dies bedeute einerseits, dass sich die Fraktionen sehr intensiv mit den Voranschlägen 2003 befasst haben, andererseits auch, dass Partikularinteressen vertreten werden. Trotzdem nimmt sie an, dass die Meinungen bereits vor der Sitzung gemacht worden sind, weshalb sie für einen Verzicht auf die ausführliche Diskussion zu den Budget-Postulaten plädiert. Sie möchte das Budget-Geschäft am heutigen Abend erledigt wissen, so dass auf die Einschaltssitzung vom 18.12. verzichtet werden kann.

*Der Bericht 3383C bildet Bestandteil dieses Protokollauszuges.*

Finanzchef **Dr. Leo Zehnder** wird seine Voten in der Detailberatung der Budget-Postulate abgeben.

*Der Bericht 3383B bildet Bestandteil dieses Protokollauszuges.*

### **1.2.1 Budget-Postulat von Robert Richner und Iris Zihlmann, FDP-Fraktion betreffend sämtliche Positionen ...318, Dienstleistungen und Honorare: Kürzung um insgesamt CHF 77'140.— auf neu CHF 3,1 Millionen, Geschäft 3390**

Namens der Postulanten dankt **Robert Richner** dem Gemeinderat für die detaillierte Auflistung einzelner Positionen im Budget 2003. Jedoch ist ihm aufgefallen, dass in der Rechnung 2000 der Aufwand für Dienstleistungen und Honorare knapp CHF 2.8 Mio. beträgt; im Budget 2003 wird bereits ein Aufwand von knapp CHF 3.2 Mio. ausgewiesen. Dies entspricht einer Zunahme von +4% pro Jahr. Gegenüber dem Vorjahresbudget beträgt die Zunahme CHF 200'000. Nicht vergessen werden darf, dass die Dienstleistungen im plafonierten Sachaufwand enthalten sind, und dieser wird im Finanzplan ab 2004 mit CHF 8 Mio. aufgeführt. Im Budget 2003 beträgt dieser Sachaufwand knapp CHF 8.2 Mio. Wollte man die Vorgaben des Finanzplans einhalten, so müsste man jetzt schon beginnen, entsprechende Reduktionen ins Auge zu fassen. Die im Budget-Postulat 3390 beantragte Reduktion beträgt 2.43 %, was gut der Hälfte der jährlichen Zunahme von 4 % entspricht. Aus diesem Grund halten die Postulanten am Vorstoss fest.

**Jürg Gass**, namens der SP-Fraktion, lehnt das Budget-Postulat 3390 ab, weil es als zu wenig detailliert empfunden wird.

Finanzchef **Dr. Leo Zehnder** bittet den Rat ebenfalls, das Postulat abzulehnen. Dies insbesondere, weil keine bestimmte Position anvisiert wird. Es kann keine globale Reduktion des Budgets beschlossen werden, sondern nur von einzelnen Positionen, die detailliert ausgewiesen sind. Der Antrag sei nicht durchführbar, weil sich die Positionen ...318 auf die einzelnen Funktionen 0, 1, 4 und 7 beziehen.

Der Postulant **Robert Richner** hat das Begehren bewusst global formuliert, um dem Gemeinderat die Möglichkeit zu lassen, selber zu entscheiden, wo die Reduktion erfolgen soll. Zudem sei es für den Einwohnerrat schwierig, jede einzelne der zahlreichen Budget-Positionen zu hinterfragen.

**://:**

Das Budget-Postulat von Robert Richner und Iris Zihlmann, FDP-Fraktion betreffend sämtliche Positionen ...318, Dienstleistungen und Honorare: Kürzung um

insgesamt CHF 77'140.— auf neu CHF 3,1 Millionen,  
wird mit 18:17 Stimmen, bei 2 Enthaltungen, gutgeheissen.

**1.2.2 Budget-Postulat von Christoph Morat namens SP-Fraktion betreffend  
Pos. 240-314, Sachaufwand, Baulicher Unterhalt durch Dritte,  
Sanierung Aufzug im Schulzentrum Allschwil: Erhöhung um CHF 20'000,  
Geschäft 3400**

Der Postulant **Christoph Morat** erinnert an die Sitzung vom 13. November 2002, an welcher sein Postulat zum selben Thema (Geschäft 3399) dringlich behandelt worden ist. Er präzisiert, dass es sich nicht um den einzigen Aufzug im Schulzentrum Neu-Allschwil handelt, sondern um den einzigen in Trakt C. Aus Gründen der Komplexität des Schulhauses erachtet er es als wichtig, dass dieser Aufzug nicht stillgelegt, sondern saniert wird. Nicht zuletzt deshalb, weil es auch eine Erleichterung für die dort arbeitenden Personen bedeutet. Christoph Morat bittet um Zustimmung zu seinem Antrag.

**Jean-Jacques Winter**, SP-Fraktion: Lange Zeit war das Schulzentrum Neuallschwil Vorzeigeobjekt in Sachen Allschwiler Schulhäuser. Im Moment sei dieses aber nicht in gutem Zustand. Zwar wird gerade die Fassade saniert, aber innen werde es vernachlässigt, da nicht sichtbar. Das Zentrum sei das einzige Schulhaus mit Rollstuhlgängigkeit. Bei der gemeinderätlichen ablehnenden Begründung erstaunt Jean-Jacques Winter die Erwähnung des Betrages von CHF 2'000 Folgekosten pro Jahr. Er plädiert für Zustimmung zum Budget-Postulat 3400.

**://:**

Das Budget-Postulat von Christoph Morat namens SP-Fraktion betreffend  
Pos. 240-314, Sachaufwand, Baulicher Unterhalt durch Dritte, Sanierung Aufzug im  
Schulzentrum Allschwil: Erhöhung um CHF 20'000  
wird mit 20:14 Stimmen, bei 1 Enthaltung, abgelehnt.

**1.2.3 Budget-Postulat von Hanspeter Frey-Rieder, FDP-Fraktion, betreffend  
Pos. 296-364, Gemischtwirtschaftliche Unternehmungen, Beitrag an Missione  
Cattolica: Erhöhung um CHF 30'000, Geschäft 3391**

Der Postulant **Hanspeter Frey-Rieder**, FDP-Fraktion: Die Missione Cattolica betreibt seit längerer Zeit in Allschwil ein Tagesheim. Zudem sei man heute generell bestrebt, im Rahmen der Familienpolitik Betreuungsplätze für Kinder zu schaffen, damit diese vernünftig untergebracht sind. Das Budget 2003 enthält rund CHF 1.1 Mio. für das gemeindeeigene Tagesheim. Im Moment sind auch Bestrebungen von namhaften Firmen der Region in Sachen Tagesbetreuungsplätzen in Gang.

Wie in der Begründung zum Postulat erwähnt, muss das Tagesheim der Missione Cattolica einer ganzheitlichen Prüfung unterzogen werden, angeordnet von der Kantonalen Erziehungsdirektion und der Fachstelle für Sonderschulung und Jugend- und Behindertenhilfe. Dies mit Recht, denn ein Tagesheim soll überall den selben Qualitätsstandard aufweisen. Das Resultat muss bis spätestens in zwei Jahren vorliegen. In dieser Zeit muss aufgezeigt werden, wie das Tagesheim weitergeführt werden soll. Diese Ueberprüfung kann nun in aller Ruhe angegangen werden. Werden aber die CHF 30'000 Unterstützung für die Missione Cattolica heute Abend nicht gesprochen, muss dieses Tagesheim aus finanziellen Gründen schliessen. Insgesamt werden 43 Kinder betreut, davon sind 24 in Allschwil wohnhaft, die übrigen in umliegenden Gemeinden. Die 24 in Allschwil wohnhaften Kinder müssten in diesem Fall in ein Allschwiler Tagesheim wechseln. Die Unterbringung der übrigen Kinder ist zudem ebenfalls ungewiss und wird weitere Kosten verursachen. Will man ehrlich sein, so würde dieser Übertritt auch Kosten verursachen. Hanspeter Frey verfügt über keine Zahlen, wie viele Kinder das öffentliche Allschwiler Tagesheim besuchen. Er nimmt an, dass es ca. 100 Kinder sind, was Kosten

von CHF 11'000 pro Kind ergibt. Dies sei ein stolzer Betrag. Wird dieser Betrag den CHF 30'000 für die Betreuung von 43 Kindern gegenübergestellt, ergibt sich ein Betrag von ca. CHF 800 pro Kind, was nicht gewaltig sei, sondern lediglich eine Unterstützung darstelle. Aus diesen Gründen beantragt Hanspeter Frey, den Beitrag an die Missione Cattolica ins Budget

2003 aufzunehmen. Damit könnte diese Organisation ihre Arbeit weiterführen und das Jahr 2003 überbrücken, um sodann eine vernünftige Lösung für die Zukunft zu finden. Hanspeter Frey bittet um Zustimmung.

**Mark Aellen**, SP-Fraktion, lehnt das Budget-Postulat 3391 ab. Es gehe aber nicht darum, die Schaffung von Tagesheimplätzen abzulehnen. Die SP-Fraktion wird und werde sich auch in Zukunft dafür einsetzen. Jedoch gehe es um den finanziellen Beitrag an die Missione Cattolica, welcher bisher mit einigen Auflagen zugesprochen worden ist. So wurde z.B. verlangt, mehr Integrationsarbeit zu leisten (z.B. Deutschkurse anbieten) und Einsichtsrecht in den Verwendungszweck des Beitrages zu erhalten. Diesen Auflagen ist die Missione nachweislich nicht gefolgt. Nun mussten auch die Aufsichtsorgane nach einer Ueberprüfung feststellen, dass dieses Tagesheim den heutigen Anforderungen nicht entspricht. Der Gemeinderat liege mit seiner Argumentation richtig und dies müsse unterstützt werden. Es gelte, den minimalen Qualitätsstandard zu wahren und daraus das Bestmögliche zu machen. Die SP-Fraktion bittet um Ablehnung des Budget-Postulates.

**Bruno Steiger**, SD-Fraktion, richtet sein Votum an Hanspeter Frey: Die hier geltende Amtssprache sei Deutsch, und es entbehre jeglicher Integration der Kinder, wenn sie nicht Deutsch lernen würden. Er pflichtet dem Gemeinderat bei, dass bereits ein Allschwiler Tagesheim unterstützt wird und deshalb die Missione nicht unbedingt aufrecht erhalten werden muss. Zudem würden dort auch auswärtige Kinder betreut, was einen Allschwiler Beitrag nicht rechtfertige. Er rät, den Italienischen Staat um finanzielle Unterstützung zu bitten. Die SD-Fraktion lehnt das Postulat ab.

Für **Dr. Guido Beretta**, FDP-Fraktion, steht persönlich ausser Diskussion, dass alles unternommen werden muss, um Personen, die in der Schweiz arbeiten und Steuern bezahlen möglichst gut zu integrieren. Es leuchte ihm auch ein, dass ein gangbarer Weg der Erwerb von Deutschkenntnissen sei, weil sonst der Alltag allzu beschwerlich sei.

Mark Aellen wolle den Beitrag von CHF 30'000 streichen, was bedeuten würde, dass die 24 Kinder aus der Missione in den beiden anderen Allschwiler Tagesheimen untergebracht werden müssen. Die entscheidende Frage sei, ob in Allschwil noch so viele Plätze frei sind, um diese Kinder unterzubringen und ob die Gemeindebehörden die dadurch entstehenden wesentlich höheren Kosten zu übernehmen bereit seien

Dr. Guido Beretta berichtet, dass der Deutschunterricht in der Missione Cattolica teilweise stattfindet. Dies durch Praktikantinnen, für deren Einsatz der Einwohnerrat selber vor einiger Zeit einen Kredit gesprochen hat.

Die Aussagen von Bruno Steiger sind für den Votanten ebenfalls widersprüchlich: Auf der einen Seite werde Integration von ausländischen Mitbürgern verlangt, auf der anderen Seite die finanziellen Mittel dafür gestrichen.

Es sei klar, so weiter Guido Beretta, dass das Postulat von Hanspeter Frey nicht das Optimum darstelle. Es garantiere auch nicht, dass innert zwei Jahren ein Idealzustand geschaffen wird. Jedoch fordert er Mark Aellen auf, die Familienpolitik, welche die SP generell verfolge, auch in diesem Fall zu beherzigen und die „lächerlichen“ CHF 30'000 zu sprechen. Diese Investition lohne sich. Dabei sei ihm aber auch klar, dass noch viel an der betroffenen Institution verändert werden müsse.

**Hanspeter Frey** teilt mit, dass es sich um 30 in Allschwil wohnhafte Kinder handelt, welche die Missione Cattolica besuchen. Davon sind 5 Kinder Schweizer und 14 Italienischer Nationalität. Er empfiehlt nochmals, die Missione finanziell zu unterstützen und dann gemeinsam nach Verbesserungen zu suchen.

Gemeinderätin **Beatrice Fuchs** stellt klar, dass der Wegfall des Gemeindebeitrags von CHF 30'000 nicht den „Todesstoss“ für die Missione bedeutet. Die beiden Allschwiler Tagesheime werden mit CHF 1.1 Mio. subventioniert; es werden 164 Kinder betreut. Der Kanton hat fünf Bedingungen gestellt, damit die Bewilligung für das Tagesheim Missione Cattolica wieder erteilt wird. Diese zu erfüllen liegt nun in der Hand dieser Institution.

In den beiden Allschwiler Tagesheimen wird ganz stark auf Qualität geachtet. Dies kam auch beim kürzlichen Abschluss der Leistungsvereinbarung mit den Tagesheimen Allschwil im Einwohnerrat klar zum Ausdruck. Der Kanton fordert eine pädagogisch qualifizierte Leitung, d.h. mit Ausbildung zur Kleinkindererzieherin oder Sozialpädagogin. Diese Anforderung wird von den Allschwiler Tagesheimen erfüllt. Weiter wird pro Gruppe eine ausgebildete Kleinkindererzieherin gefordert, zusätzlich Praktikantinnen und Hilfspersonal. Ein weiterer Punkt ist die Anpassung an die räumlichen Verhältnisse (der Luftschutzraum kann nicht weiter als Gruppenraum benutzt werden). Ein pädagogisches Konzept sowie ein Sprachkonzept müssen erarbeitet werden. All diese Forderungen können nicht mit CHF 30'000 erfüllt werden. Es sei korrekt, dass die Allschwiler Tagesheime nicht ohne Weiteres sofort 30 neue Kinder aufnehmen könnten, denn es gibt Wartelisten und klare Qualitätsanforderungen an die Gruppengrößen.

**Dr. Guido Beretta** dankt Gemeinderätin Fuchs für die Präzisierungen, die einleuchtend seien. Jedoch sind die in der Missionen unterrichtenden Schwestern seines Wissens zur Hälfte durch ihren Orden und durch die Katholische Landeskirche BL finanziert. Nun habe die Landeskirche ihren Beitrag gekürzt. Er persönlich glaubt, dass über kurz oder lang die Dienste der Missionen nicht mehr angeboten werden können, wenn der Allschwiler Beitrag auch noch wegfällt. Eine abschliessende Antwort auf die Frage, was in diesem Fall mit den Missionen-Kindern geschieht, habe er nicht erhalten. Diese kommen dann auf die Warteliste der Allschwiler Tagesheime. "Ist das unsere Sozialpolitik", fragt er abschliessend?

**://:**

Das Budget-Postulat von Hanspeter Frey-Rieder, FDP-Fraktion, betreffend Pos. 296-364, Gemischtwirtschaftliche Unternehmungen, Beitrag an Missionen Cattolica: Erhöhung um CHF 30'000 wird mit 23:12 Stimmen, bei 2 Enthaltungen, abgelehnt.

#### **1.2.4 Budget-Postulat von Bruno Steiger betreffend Pos. 300-311, Sachaufwand Mobilien, Maschinen, Fahrzeuge, Anschaffung Kunstgegenstände: Kürzung um CHF 10'000, Geschäft 3401**

Der Postulant **Bruno Steiger** begrüsst die befürwortende Stellungnahme des Gemeinderates. An Kunstgegenständen bestünde kein Mangel. Er plädiert für Zustimmung.

**Christoph Morat**, SP-Fraktion, erinnert an die finanzielle Kompetenz des Gemeinderates. Es spiele keine grosse Rolle, wie das Postulat entschieden werde; der Gemeinderat könne die CHF 10'000 in eigener Kompetenz trotzdem in den Kulturbereich investieren.

**Bruno Steiger** verdeutlicht, dass der Gemeinderat selber Bereitschaft erklärt hat, auf die Anschaffung von Kunstgegenständen im 2003 zu verzichten. In diesem Sinne nimmt er auch die Ausführungen des Gemeinderates entgegen.

**://:**

Das Budget-Postulat von Bruno Steiger betreffend Pos. 300-311, Sachaufwand Mobilien, Maschinen, Fahrzeuge, Anschaffung Kunstgegenstände: Kürzung um CHF 10'000 wird mit 21:9 Stimmen, bei 5 Enthaltungen, gemäss Antrag des Gemeinderates gutgeheissen.

#### **1.2.5 Budget-Postulat von Christoph Morat namens SP-Fraktion betreffend Pos. 300-363, Eigene Beiträge, Zweckverbände, Einsatz von Verkehrskadetten während Ängelimärt: Erhöhung um CHF 5'000, Geschäft 3402**

Der Postulant **Christoph Morat** zieht seinen Antrag aus ökonomischen Gründen zurück.

**://:**

Das Budget-Postulat von Christoph Morat namens SP-Fraktion betreffend Pos. 300-363, Eigene Beiträge, Zweckverbände, Einsatz von Verkehrskadetten während Ängelimärt: Erhöhung um CHF 5'000 wird vom Postulanten zurückgezogen.

### **1.2.6 Budget-Postulat von Bruno Steiger, SD-Fraktion, betreffend Pos. 300-363, Eigene Beiträge an Zweckverbände, Kulturpreis und Kulturförderpreis je um 50% kürzen: Kürzung um CHF 8'500, Geschäft 3403**

Der Postulant **Bruno Steiger** ist der Meinung, dass aufgrund der schlechten Finanzlage die Beiträge für den Kulturpreis und den Kulturförderpreis ohne Weiteres um die Hälfte reduziert werden können. Er bittet den Rat um Zustimmung.

Die Departementsvorsteherin Bildung-Erziehung-Kultur, **Bea Fuchs**, vertritt die Meinung des Gesamtgemeinderates, wenn sie sagt, dass die Verleihung des Kulturpreises und des Kulturförderpreises der Gemeinde Allschwil gut ansteht.

Ein- bis zweimal im Jahr zeichnet die Gemeinde einen Allschwiler Künstler/eine Künstlerin aus. Es gab auch Jahre, in denen auf die Auszeichnung mangels Kandidaten verzichtet wurde. Den Budgetposten zu halbieren hält Bea Fuchs für eine schlechte Idee, denn es sei keineswegs so, dass der/die Kulturschaffende den gesamten Betrag erhalte. Der Rahmen der Veranstaltung sei ebenfalls wichtig und müsse entsprechend gestaltet werden. Mit nur CHF 2'000 wäre es in dem Rahmen, wie es sich für eine Gemeinde von der Grösse Allschwils gehört, nicht möglich. CHF 2'000 als Preisgeld wäre ebenfalls zu niedrig; in diesem Fall wäre es besser, auf die Veranstaltung zu verzichten. Auf jeden Fall findet die Preisverleihung nur statt, wenn ein/e valable/r Preisträger/Preisträgerin zur Verfügung steht.

**Mark Aellen**, SP-Fraktion, ergänzt, dass es irgendwann lächerlich wirke, wenn ein Preis vergeben wird, der inhaltlich ausgehöhlt ist. Es gäbe ein Minimum, das es einzuhalten gelte. Ansonsten mache eine Preisverleihung keinen Sinn mehr.

**Bruno Steiger** hält die Festivitäten bei den Preisverleihungen für zu aufwändig und nennt die Veranstaltung „pseudokulturell“. Er schlägt vor, als Sparmassnahme die Preisvergaben nur jedes zweite Jahr durchzuführen.

Gemeinderätin **Bea Fuchs** erwidert, dass der Antrag des Budget-Postulates nicht in diesem Sinne formuliert ist, sondern auf Halbierung des Beitrages laute.

**://:**

Das Budget-Postulat von Bruno Steiger, SD-Fraktion, betreffend Pos. 300-363, Eigene Beiträge an Zweckverbände, Kulturpreis und Kulturförderpreis je um 50% kürzen: Kürzung um CHF 8'500 wird mit 29:4 Stimmen, bei 3 Enthaltungen, abgelehnt.

### **1.2.7 Budget-Postulat von Hanspeter Frey-Rieder, FDP-Fraktion, betreffend Pos. 300-364, Eigene Beiträge an Gemischtwirtschaftliche Unternehmungen, Beitrag an GGG: Kürzung um CHF 35'000, Geschäft 3392**

Der Postulant **Hanspeter Frey**: Obwohl der Einwohnerrat am 13.12.2000 den Beitrag an die GGG grosszügig erhöht hat, beantragt er heute eine Kürzung dieser Position auf CHF 40'000. Nur knapp ein Zehntel der Einwohnerschaft, nämlich 1'700 Einwohner/innen, nutzen die Basler GGG-Bibliotheken. Die CHF 20 (Mehrpreis für Nicht-Basler/innen)

werden also quersubventioniert. Der Votant ist der Meinung, dass die GGG-Bibliotheken von den Allschwiler/innen auch mit einem um CHF 20 höheren Jahresbeitrag noch genutzt wird. Die Allschwiler Schulen nutzen das GGG-Angebot nicht, weil sie über eigene umfassende Bibliotheken verfügen, weiss der Postulant.

**Mark Aellen**, SP-Fraktion: Nicht erst vor zwei Jahren wurde Geld für die GGG gesprochen, sondern schon viel früher, als der Sprechende selber noch nicht Mitglied des Einwohnerrates war. Jedoch war damals der Betrag geringer, den die GGG von Allschwil verlangt hat. Deshalb ist die Erhöhung des Beitrages vom Jahr 2002 als Kostenanpassung zu betrachten. Die Subventionierung wurde aber vor allem gutgeheissen, weil sich die Gemeinde Allschwil entschlossen hat, keine eigene Bibliothek einzurichten – was wesentlich teurer wäre –, sondern das Schulbibliothekenangebot, das vor allem auf Bücher beschränkt ist, mit einem bestehenden Angebot, das relativ günstig eingekauft werden kann, mit allen Arten der modernen Medien auszuweiten und auch weniger begüterten Mitgliedern zu einem vernünftigen Preis zur Verfügung zu stellen. Dass dies weniger als 1/10 der Allschwiler/innen genutzt wird, ist genausowenig ein Argument, wie dasjenige, dass nur 5'000 Allschwiler/innen das Ruftaxi nutzen. Es gehe um die Frage, welcher Aufwand für einen gewissen Qualitätsstandard, der gewahrt werden soll und einem Auftrag entspreche, betrieben werden soll. Der Betrag von CHF 35'000 für eine sehr gut unterhaltene Bibliothek sei „geschenkt“.

**Bruno Steiger**, SD-Fraktion, gibt bekannt, dass seine Fraktion dieses Postulat unterstützt. Für Schüler/innen stehen die gut bestückten Schulbibliotheken zur Verfügung und die anderen Bibliotheksbesucher/innen könnten den geringen Beitrag selber aufbringen. Dies zu unterstützen sei nicht Aufgabe der öffentlichen Hand.

**Jean-Jacques Winter**, SP-Fraktion, weiss als Lehrer, dass die Allschwiler Schüler/innen sehr wohl die GGG-Bibliotheken nutzen, insbesondere für den Bezug von Sach- und Fachbüchern. Zudem: „Wer liest, sprayt nicht“.

Departementsvorsteherin Bildung-Erziehung-Kultur, **Bea Fuchs**: Die Bibliotheken haben sich heute zu vielseitigen Mediatheken gewandelt. Allschwil sei die einzige Gemeinde der Region von dieser Grösse, die über keine eigene Bibliothek verfüge. Die Einrichtung einer eigenen Gemeindebibliothek würde Allschwil ca. CHF 289'000 kosten, zudem würde sich gleichzeitig die Standortfrage stellen. Selbstverständlich sind die Schulbibliotheken in Allschwil gut ausgerüstet. Jedoch suchen die Jugendlichen die Bibliotheken auch ausserhalb der Schulzeiten auf. Die CHF 35'000 entsprechen nur demjenigen Betrag, welcher Allschwil gesprochen hat, damit Allschwiler GGG-Benützer/innen nicht mehr Beitrag als Basler/innen bezahlen müssen.

**Stevie Brügger**, CVP/SVP-Fraktion, lehnt das Postulat ab. Müssten bei jedem Geschäft nur CHF 35'000 pro 1'700 Einwohner/innen investiert werden, würde dies das Budget sehr positiv beeinflussen. Eine Bibliothek für eine Gemeinde wie Allschwil gehöre sich. Würde der GGG-Anschluss fehlen, müsste Allschwil selber eine Bibliothek einrichten, was wesentlich teurer wäre. Das Lesen müsse heutzutage allgemein gefördert werden.

**://:**

Das Budget-Postulat von Hanspeter Frey-Rieder, FDP-Fraktion, betreffend Pos. 300-364, Eigene Beiträge an Gemischtwirtschaftliche Unternehmungen, Beitrag an GGG: Kürzung um CHF 35'000 wird mit 19:15 Stimmen, bei 3 Enthaltungen, abgelehnt.

**1.2.8 Budget-Postulat von Bruno Steiger, SD-Fraktion, betreffend Pos. 342-434, Entgelte, Andere Benützungsgebühren, Einnahmen aus Eintritt Hallenbad: Erhöhung um CHF 14'000, Geschäft 3404**

Der Postulant **Bruno Steiger** bezweifelt, dass die Hallenbäder Liestal, Muttenz oder Basel Erlebnisbäder sind, wie dies der Gemeinderat in seinen Vergleichen bezüglich Budget-Postulat ausführt. Das Allschwiler Hallenbad sei sehr gut ausgerüstet, neu renoviert und in der Regio beliebt. Deshalb wären die Besucher/innen sicher auch bereit, einen höheren Eintritt zu bezahlen. Bruno Steiger kritisiert, dass der Schwimmclub Allschwil die öffentliche Infrastruktur des Hallenbades kostenlos nutzt und auch noch kommerziellen Nutzen daraus zieht. Diesen Umstand gelte es zu beheben.

Departementsvorsteher Hochbau/Raumplanung, **Roman Meury**, bestätigt, dass das Allschwiler Hallenbad qualitativ hervorragend ist, jedoch trotzdem nicht mit den Erlebnisbädern zu vergleichen sei. Bezüglich Gratis-Eintritte des Schwimmclubs weist er auf die gemeinderätlichen Erläuterungen zum Budget-Postulat hin, welche diesen Punkt ebenfalls aufnehmen und eine Überprüfung in Aussicht stellen. Der Gemeinderat nimmt in diesem Sinne auch das Anliegen des Postulanten entgegen und wird dieses weiterverfolgen.

Mit dieser Zusicherung ist **Bruno Steiger** zufrieden und zieht sein Postulat 3404 zurück.

**://**

Das Budget-Postulat von Bruno Steiger, SD-Fraktion, betreffend Pos. 342-434, Entgelte, Andere Benützungsgebühren, Einnahmen aus Eintritt Hallenbad: Erhöhung um CHF 14'000 wird vom Postulanten zurückgezogen.

### **1.2.9 Budget-Postulat von Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion, betreffend Pos. 359-369, Übrige Beiträge, Beitrag an Spielgruppen der evangelisch-reformierten Kirchgemeinde: Erhöhung um CHF 17'000, Geschäft 3381**

Der Postulant **Jean-Jacques Winter**: Alle historischen politischen Parteien haben in ihren Grundsätzen familienbegleitende, vorschulppädagogische Institutionen, die unterstützt werden sollen. Zu einer attraktiven Standortgemeinde, zu welcher Allschwil sich entwickeln soll, gehören u.a. auch familienfreundliche Einrichtungen wie Spielgruppen. Die Gemeinde selber bietet keine Spielgruppen an. Diese werden von den Kirchgemeinden quartierbezogen und konfessionell neutral geführt. Der Tarif ist gemäss Einkommen abgestuft (CHF 240-450 pro Semester). Dieser Betrag ist für eine Familie eine hohe Investition. Fällt die Subvention der Gemeinde weg, würde der Semesterpreis für 2x2 Stunden pro Woche bei CHF 400-600 liegen. Es könne nicht Meinung und Absicht sein, dass sich die öffentliche Hand aus dieser Aufgabe zurückziehe. Die Aussage des Gemeinderates, dies stehe mit dem neuen kantonalen Bildungsgesetz in Zusammenhang, kann J.J. Winter nicht nachvollziehen. Aus diesen Gründen appelliert er an den Rat, dem Postulat zuzustimmen.

Departementsvorsteherin Bildung-Erziehung-Kultur, **Bea Fuchs**: Im Sommer 2003 tritt das neue Bildungsgesetz im Kanton Basel-Landschaft in Kraft. Dieses legt fest, dass die obligatorische Schulpflicht neu 10 Jahre beträgt. Das 1. Kindergarten-Jahr ist obligatorisch, das 2. Jahr freiwillig. Allschwil offeriert dieses 2. Jahr seit jeher. Sie selber sei massgeblich an der Beratung des neuen Bildungsgesetzes beteiligt gewesen und man sei klar der Meinung gewesen, dass die öffentliche Hand nicht für die Betreuung von Kindern unter 4 Jahren zuständig sein soll. Aus guten pädagogischen Gründen sei es natürlich allen Eltern freigestellt, ihr Kind eine Spielgruppe besuchen zu lassen. Den Allschwiler Familien stehen zur Zeit mehrere Spielgruppen zur Verfügung. Die Mehrheit davon erhält keine Subventionen der Gemeinde, kommt jedoch trotzdem finanziell über die Runden. Nur die Calvinhaus-Spielgruppe kam bisher in den Genuss eines Gemeindebeitrags. Bea Fuchs bittet den Rat um Ablehnung dieses Budget-Postulates.

**://**

Das Budget-Postulat von Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion, betreffend Pos. 359-369, Übrige Beiträge, Beitrag an Spielgruppen der evangelisch-reformierten Kirchgemeinde: Erhöhung um CHF 17'000 wird mit 24:9 Stimmen, bei 3 Enthaltungen, abgelehnt.

**1.2.10 Budget-Postulat von Mathilde Oppliger, Ivo Corvini, Ursula Pozivil-Pfister, Jean-Jacques Winter, Mark Aellen-Rumo und Alexandre Philipp betreffend Pos. 589-364, Eigene Beiträge an Gemischtwirtschaftliche Unternehmungen, Suppentagprojekte: Erhöhung um CHF 10'000. Geschäft 3405**

Für die Postulanten, **Mathilde Oppliger**: Der gute Zweck der Suppentage soll weiterhin unterstützt werden. Ebenso soll die ehrenamtliche Arbeit aller Beteiligten gewürdigt werden. Der Gemeindebeitrag hat den Erlös zugunsten eines sozialen Projektes jeweils aufgerundet.

**Jean-Jacques Winter**: Es handelt sich um ein parteiübergreifendes und konfessionell unabhängiges Postulat. Die 3 Allschwiler Kirchgemeinden leisten viel, um den Zusammenhalt in der Kommune zu fördern. Für die Gemeinde ist es eine sehr günstige Variante, ein seriöses Projekt zu unterstützen. Die Suppentage dienen ebenfalls der Stärkung des sozialen Netzes.

**://:**

Das Budget-Postulat von Mathilde Oppliger, Ivo Corvini, Ursula Pozivil-Pfister, Jean-Jacques Winter, Mark Aellen-Rumo und Alexandre Philipp betreffend Pos. 589-364, Eigene Beiträge an Gemischtwirtschaftliche Unternehmungen, Suppentagprojekte: Erhöhung um CHF 10'000 wird mit 24:12 Stimmen, bei 2 Enthaltungen, abgelehnt.

**1.2.11 Budget-Postulat von Hanspeter Frey-Rieder, FDP-Fraktion, betreffend Pos. 690-365, Eigene Beiträge an Private Institutionen, Ruftaxi: Erhöhung um CHF 120'000; Pos. 690-436, Rückerstattungen von Privaten, Ruftaxi: Erhöhung um CHF 20'000, Geschäft 3393**

Der Postulant **Hanspeter Frey**, FDP-Fraktion: 1991 hat das Allschwiler Stimmvolk die Einführung des Ruftaxis mit einem jährlichen Kostenbeitrag von CHF 103'000 mit einem 4:1 Verhältnis beschlossen. Gemäss heutigem Index entspricht dies CHF 120'000.. Die Statistiken zeigen, dass das Ruftaxi bis 1998 erfolgreich war. Dann brachen die Zahlen ein; 1998 kam erstmals der Abschaffungsgedanke auf. Der Votant wirft dem Gemeinderat vor, von 1998 bis 2001 nichts dagegen unternommen zu haben, dass die Passagierzahlen auf 5'000 abgesunken sind. Abschaffung sei die einfachste Lösung, sinnvoller wäre vielmehr die Überlegung, was verbessert werden könnte. Das Ruftaxi unterstreicht die Attraktivität Allschwils und bietet Sicherheit. Die Standorte sind heute zuwenig attraktiv. Das Ruftaxi ist eine sinnvolle Ergänzung zum öffentlichen Verkehr. Seit Oktober 2002 bietet die Gemeinde Riehen ein Ruftaxi als Service für die TNW-Fahrgäste kostenlos (und versuchsweise) an.

All diese Gründe haben den Sprechenden zum Antrag bewogen, den Betrag von CHF 140'000 wieder in den Voranschlag 2003 aufzunehmen. Er bittet um Zustimmung zu seinem Budget-Postulat. Gleichzeitig fordert er den Gemeinderat und die Verwaltung auf, den Ruftaxibetrieb attraktiver zu gestalten.

Der Departementsvorster Tiefbau/Umwelt, **Paul Schüpbach**, bemerkt, dass es tatsächlich gute Zeiten in Sachen Ruftaxi gab, jedoch die Benutzerzahlen auf die Hälfte abgesunken sind, bevor die Betriebszeiten eingeschränkt wurden. Auch die Standorte wurden überprüft, u.a. durch eine Befragung der Ruftaxi-Passagiere. Allschwil ist diejenige Gemeinde, die im Unteren Baselbiet bezüglich öffentlicher Verkehr am besten

erschlossen ist. Konkrete Pläne in Bezug auf einen Direktanschluss Allschwils zum Bahnhof SBB Basel sind zudem in der Endphase.

Jede Ruftaxi-Fahrt muss heute mit CHF 20 subventioniert werden. Das ist der selbe Preis, welcher für ein Taxi Bahnhof SBB Basel – Allschwil bezahlt werden muss. Den hohen Betrag von CHF 1.64 Mio. bezahlt Allschwil jährlich an BLT und BVB für den öffentlichen Verkehr. Dies entspricht ebenfalls einer Subvention von CHF -.80 pro Fahrt, was aber nicht mit den CHF 20 beim Ruftaxi vergleichbar ist. Hier müsse die Grössenrelation beachtet werden, weshalb Paul Schüpbach um Ablehnung des Budget-Postulates bittet.

**Max Amsler**, SD-Fraktion: Vor noch nicht allzu langer Zeit hat der Rat eine längere Debatte um das Ruftaxi geführt. Die Subvention von CHF 20 pro Fahrt findet er viel zu hoch. Jetzt müsse echter Sparwille gezeigt und dieses Postulat abgelehnt werden.

**Mathilde Oppliger**, CVP/SVP-Fraktion, berichtet, dass sie und ihre Familie, wohnhaft am Burgfelderweg, eifrige Benutzer/innen des Ruftaxis waren. In Allschwil gäbe es zahlreiche weitere abgelegene Wohnquartiere, die nachts auf oft dunklen Strassen zu Fuss erreicht werden müssen. Vor allem alleinstehende Frauen hätten für die Beibehaltung des Ruftaxis plädiert. Zudem verfüge Allschwil über keinen Taxistand im Dorf. Nimmt man in der Stadt ein Taxi nach Allschwil, kostet dies CHF 20 – 25, was den meisten Leuten zu teuer sei. Deshalb regt M. Oppliger an, für den Ruftaxibetrieb Konkurrenzofferten einzuholen, womit allenfalls eine kostengünstigere Lösung gefunden werden kann. Sie schlägt zudem vor, den Fahrpreis moderat zu erhöhen und ein Bon-System einzuführen (Bon-Bezug auf der Gemeindeverwaltung). Zudem müsste das Angebot Ruftaxi vermehrt und besser publik gemacht werden. Sie bittet den Rat, das Budget-Postulat zu unterstützen.

**Hanspeter Frey**, FDP-Fraktion, findet die ÖV-Erschliessung Allschwils nicht ausserordentlich. Die Direktverbindung Basel SBB sei erst beim Amt für Raumplanung in Bearbeitung. Zahlreiche Achsen, wie z.B. Baslerstrasse - Langen Loh - Schützenweg seien in Allschwil mit ÖV noch nicht abgedeckt. Wird nur das realisiert, was wenig kostet, kann jede Investition in Frage gestellt werden. Zudem empfindet er die von P. Schüpbach erwähnten 5'000 Ruftaxi-Fahrten als zahlreich.

**Christoph Morat**, SP-Fraktion, unterstützt die Voten Oppliger und Frey. Alles was heute Abend eingespart wird, wird für lange Zeit - wenn nicht für immer - verschwunden sein. Deshalb sei diese Streichung gut zu überdenken. Sicher kenne jeder im Bekanntenkreis eine Person, die auf das Ruftaxi, aus welchen Gründen auch immer, angewiesen ist. Dieser Budget-Posten ist nicht nur ein „nice to have“, sondern ein Statement zur Sicherheit auf Allschwils Strassen. In der Budget-Debatte 2001 wurde massiv an der Strassenbeleuchtung gespart. Es dürfe nicht sein, dass nur in denjenigen Strassen, die gut beleuchtet sind, ein sicherer Heimweg gewährleistet ist.

Gemeinderat **Paul Schüpbach** weiss, dass gute Beleuchtung und Sicherheit in Zusammenhang stehen. Es sei der Einwohnerrat gewesen, der vor einem Jahr die Investitionen in neue Strassenlampen von CHF 350'000 auf 175'000 gekürzt hat. Sollte er wie von H.P. Frey zitiert tatsächlich 5'000 Ruftaxi-Fahrten gesagt haben, sei dies ein Versprecher: Es sind auch nicht 4'900 Personen, sondern Fahrgäste insgesamt, die das Ruftaxi benutzen, also wahrscheinlich ein relativ kleiner Personkreis, der Kosten von CHF 20'000 verursacht.

**Mark Aellen**, SP-Fraktion: Der Diskussion entnimmt er, dass es um Sicherheit geht, und nicht um das Ruftaxi. In einem weiteren Budget-Postulat werde heute Abend bezüglich der öffentlichen Beleuchtung diskutiert. Auch dort gehe es um Sicherheit, welche aus allen Voten klar als Hauptargument hervorgeht. Deshalb bittet er alle Ratsmitglieder nochmals zu überlegen, ob CHF 240'000 oder CHF 120'000 oder CHF 60'000 zu Gunsten der Sicherheit investiert werden sollen.

**Hanspeter Frey** präzisiert dieses Votum bezüglich CHF 120'000 für die öffentliche Beleuchtung (Budget-Postulat 3410): Seiner Meinung nach schlägt sich dieser Betrag nicht in vollem Ausmass im Budget nieder, weil es sich um eine Investition handelt, welche das Budget lediglich mit 10 % Abschreibung (ca. CHF 12'000-15'000) zusätzlich belastet. Er geht mit allen anderen Votanten einig, dass der Einwohnerrat mit der Reduktion der Investitionen für die Verbesserung der öffentlichen Beleuchtung im Dezember 2001 einen Fehlentscheid getroffen hat. Ein solcher Fehler darf keinesfalls wiederholt werden, erst recht nicht beim Ruftaxi. Er fordert den Rat auf, beide Investitionen gutzuheissen.

**://:**

Das Budget-Postulat von Hanspeter Frey-Rieder, FDP-Fraktion, betreffend Pos. 690-365, Eigene Beiträge an Private Institutionen, Ruftaxi: Erhöhung um CHF 120'000;  
Pos. 690-436, Rückerstattungen von Privaten, Ruftaxi: Erhöhung um CHF 20'000  
wird mit 20:15 Stimmen, bei 2 Enthaltungen, abgelehnt.

**1.2.12 Budget-Postulat von Christoph Morat, SP-Fraktion, betreffend Pos. 690-365: Eigene Beiträge an Private Institutionen, Ruftaxi: Erhöhung um CHF 60'000; Pos. 690-436: Rückerstattungen von Privaten, Ruftaxi: Erhöhung um CHF 42'000, Geschäft 3406**

Der Postulant **Christoph Morat** empfiehlt sein moderateres Budget-Postulat in Sachen Ruftaxi zur Unterstützung. Das Ruftaxi soll vor allem an den stark frequentierten Wochentagen zur Verfügung stehen. Allenfalls kann der Mitfahrbeitrag erhöht werden. Wie im Postulat erwähnt, ist er auch bereit, weitere Modifizierungen - sofern mehrheitsfähig - zu diskutieren.

**://:**

Das Budget-Postulat von Christoph Morat, SP-Fraktion, betreffend Pos. 690-365: Eigene Beiträge an Private Institutionen, Ruftaxi: Erhöhung um CHF 60'000;  
Pos. 690-436: Rückerstattungen von Privaten, Ruftaxi: Erhöhung um CHF 42'000 wird mit 18:18 Stimmen, bei 2 Enthaltungen, durch Stichentscheid des Präsidenten abgelehnt.

**1.2.13 Budget-Postulat von Robert Richner und Iris Zihlmann, FDP-Fraktion, betreffend Pos. 780-312, Sachaufwand Wasser, Energie, Heizmaterialien, Reduktion Wasserverbrauch bei öffentlichen Brunnen: Kürzung um CHF 25'000, Geschäft 3394**

**Robert Richner**, namens der Postulanten: Den gemeinderätlichen Erläuterungen hat er entnommen, dass bereits Massnahmen zur Reduktion dieser Budget-Position in Gang sind. Aus den Jahresrechnungen ist jedoch ersichtlich, dass der Aufwand in den Jahren 1999 und 2000 jeweils CHF 25'000 betragen hat. In der Rechnung 2001 hat sich der Aufwand jedoch verdoppelt. Aus diesem Grund halten die Postulanten am Budget-Postulat fest.

Departementsvorsteher Tiefbau/Umwelt, **Paul Schüpbach**: Die Gemeinde Allschwil geht mit den natürlichen Ressourcen, insbesondere mit dem Wasser, ausgesprochen haushälterisch um. Dies gilt auch für den Wasserverbrauch bei öffentlichen Brunnen. Die Verdoppelung des Aufwands von Budget zu Rechnung ist sehr wahrscheinlich nicht auf

den Wasserverbrauch bei öffentlichen Brunnen zurückzuführen, sondern auf einen anderen Aufwand dieser Position.

**://:**

Das Budget-Postulat von Robert Richner und Iris Zihlmann, FDP-Fraktion, betreffend Pos. 780-312, Sachaufwand Wasser, Energie, Heizmaterialien, Reduktion Wasserverbrauch bei öffentlichen Brunnen: Kürzung um CHF 25'000 wird mit 21:9 Stimmen, bei 8 Enthaltungen, gutgeheissen.

**1.2.14 Budget-Postulat von Lucius Cueni, SP-Fraktion, betreffend Pos. 780-366, Eigene Beiträge an Private Haushalte, Beibehaltung Ertragsausfall-Entschädigung für ökologische Ausgleichsflächen: Erhöhung um CHF 20'000, Geschäft 3407**

Der Postulant **Lucius Cueni**, SP-Fraktion: Vor 14 Jahren hat der Kanton Basel-Landschaft freiwillig ein Projekt für schützenswürdige Flächen gestartet. Über das Kriterium „schützenswürdig“ hat der Kanton allerdings allein entschieden. Kleine oder nur kommunale schützenswerte Flächen wurden nicht berücksichtigt, so dass die Gemeinde Allschwil die Angelegenheit selber an die Hand genommen hat. Dies zugunsten eines nachhaltigen, vernetzten Umfelds und für den Erhalt einer für Allschwil typischen Landschaft.

Mit der kürzlich verabschiedeten Öko-Qualitätsverordnung des Bundes hat dieses Projekt für den Kanton seine Freiwilligkeit verloren. Die gemeindrätliche Begründung zu diesem Budget-Postulat empfindet L. Cueni als befremdend, weil die Freiwilligkeit kein Anrecht auf Streichung schafft. Denn so freiwillig sei es keinesfalls, hat doch der Einwohnerrat Ja gesagt zum Ersatz-Naturschutzgebiet Mülitali und zur Vernetzung der beiden Gebiete Ziegelei und Mülital. Deshalb wäre es nicht glaubwürdig, wenn der Einwohnerrat heute diesen Budget-Posten streichen würde. Auch kleine Flächen erfüllen wichtige und vielseitige ökologische und volkswirtschaftliche Funktionen. Der Votant hofft auf Annahme seines Budget-Postulates, damit Allschwil weiterhin glaubwürdig bleibt in seiner Naturschutz-Politik.

**Peter Hauser**, CVP/SVP-Fraktion, unterstützt als Landwirt die ökologischen Aspekte des Votums Cueni. Nicht Landwirte, sondern Politik und Industrie würden heute das Landschaftsbild bestimmen. Hier hat der Hochstamm-Obstbaum praktisch keinen Platz mehr. Es wäre schade, wenn diese verschwinden würden, denn sie prägen das Landschaftsbild des Baselbiets als Kirsiland. Die Hochstamm-Obstbäume sind von der Bewirtschaftung her aufwändig und pflegeintensiv, falls ein Ertrag erwirtschaftet werden soll. Deshalb soll dieser Budget-Betrag gesprochen werden, und zwar nicht wegen der Landwirtschaft, sondern wegen der Bäume.

**Paul Schüpbach**, Departementsvorsteher Tiefbau/Umwelt: Auch der Gemeinderat will die Natur bestmöglichst schützen. Jedoch soll keine Landwirtschaftspolitik betrieben werden, sondern z.B. die angesprochenen Vernetzungen verwirklicht werden, d.h. die Vernetzung des Ziegeleiareals mit dem Mülitali durch Trittsteinbiotope. Dies sei eine grosse Investition, wohingegen die Ertragsausfall-Entschädigung für ökologische Ausgleichsflächen nach dem Giesskannen-Prinzip nicht sinnvoll sei. Der Gemeinderat ist der Meinung, dass der Betrag wesentlich besser und gezielter eingesetzt werden kann.

**Lucius Cueni** zeigt sich erfreut zu hören, dass sich die Gemeinde Allschwil sehr für die Umwelt einsetzt. Er widerspricht jedoch dem Argument „Giesskannenprinzip“. Es gelte, mit den Landwirten analog Kanton längerfristige Verträge abzuschliessen. Dann fällt das Giesskannenprinzip weg und es wären klare Richtlinien vorhanden, was entschädigt wird und was nicht. Zudem wirken gerade die extensiv bewirtschafteten Flächen und die Hochstamm-Obstbäume als Trittsteinbiotope.

**Mark Aellen**, SP-Fraktion: Dass das erwähnte Trittsteinbiotop gebaut wird, sei nicht allein Verdienst des Gemeinderates und der Verwaltung, sondern entspreche einem Auftrag des Einwohnerrates.

Ein Giesskannenprinzip gehe davon aus, dass Personen Geld ohne Gegenleistung erhalten. Dies sei hier nicht der Fall: es sind klare Kriterien definiert, welche erfüllt werden müssen. Nur wenn die Kriterien nicht überprüft werden, komme es zu einem Giesskannenprinzip.

Der Kanton überprüfe die Kriterien ganz genau, weiss Gemeinderat **Paul Schüpbach**, indem auf diesen Flächen die vorhandenen Zeigerpflanzen gezählt werden. Von dieser Anzahl hängt die Subventionshöhe ab. Dabei handle es sich aber um andere Beträge, als von der Gemeinde Allschwil gesprochen werden. Allschwil erbringe in diesem Fall nur eine subsidiäre Leistung, welche in finanziell schlechten Zeiten nicht mehr erbracht werden könne.

**://:**

Das Budget-Postulat von Lucius Cueni, SP-Fraktion, betreffend Pos. 780-366, Eigene Beiträge an Private Haushalte, Beibehaltung Ertragsausfall-Entschädigung für ökologische Ausgleichsflächen: Erhöhung um CHF 20'000 wird mit 22:15 Stimmen, bei 1 Enthaltung, abgelehnt.

**1.2.15 Budget-Postulat von Robert Richner und Iris Zihlmann, FDP-Fraktion, betreffend Pos. 790-318, Sachaufwand Dienstleistungen, Honorare, Raumplanung Areal d'Aujourd'hui: Kürzung um CHF 30'000, Geschäft 3395**

Aufgrund der gemeinderätlichen Erläuterungen zieht **Robert Richner** namens der Postulanten das Budget-Postulat zurück.

**://:**

Das Budget-Postulat von Robert Richner und Iris Zihlmann, FDP-Fraktion, betreffend Pos. 790-318, Sachaufwand Dienstleistungen, Honorare, Raumplanung Areal d'Aujourd'hui: Kürzung um CHF 30'000 wird von den Postulanten zurückgezogen.

**1.2.16 Budget-Postulat von Robert Richner und Iris Zihlmann, FDP-Fraktion, betreffend Pos. 841, Marktwesen: Kürzung der gesamten Budgetposition um CHF 9'000, Geschäft 3396**

Namens der Postulanten begründet **Robert Richner** das Postulat wie folgt: Zahlreiche Marktteilnehmer/innen sind nicht in Allschwil wohnhaft. Eine Gebührenüberprüfung wäre angebracht, damit auswärtige Marktfahrer/innen nicht auch unterstützt werden. Aufgrund der gemeinderätlichen Ausführungen reduziert er den Antrag um Kürzung der Budgetposition auf CHF 6'000 gemäss Antrag des Gemeinderates im Bericht 3383B.

**://:**

Das modifizierte Budget-Postulat Nr. 3396 von Robert Richner und Iris Zihlmann, FDP-Fraktion, betreffend Pos. 841, Marktwesen: Kürzung der gesamten Budgetposition um CHF 6'000 wird mit 37:0 Stimmen, bei 1 Enthaltung, gemäss Antrag des Gemeinderates gutgeheissen.

**1.2.17 Budget-Postulat von Robert Richner und Iris Zihlmann, FDP-Fraktion, betreffend Pos. 140-506.04 und Pos. 140-661.01, Investition Kombifahrzeug Feuerwehr, Subvention für das Kombifahrzeug:  
Streichung der gesamten Position, netto -CHF 328'000, Geschäft 3397**

**Iris Zihlmann**, namens der Postulanten, ist bereit, das Postulat zurückzuziehen. Dies unter der Bedingung, dass sich der Gemeinderat bereit erklärt, dem Einwohnerrat zusammen mit dem Feuerwehrkonzept eine separate Vorlage für das Kombifahrzeug Feuerwehr zu unterbreiten. Sie hofft, dass sich sowohl die SP- als auch die SD-Fraktion mit diesem Vorgehen einverstanden erklären kann.

Die Sprechende legt Wert darauf festzuhalten, dass keinesfalls die Feuerwehr Allschwil in Frage gestellt oder abgeschafft werden soll. Im Gegenteil: Die Allschwiler Feuerwehr mache einen Super-Job und sei wichtig und absolut notwendig, auch im Hinblick auf die neuen Überbauungen Ziegelei und Sandweg. Das Budget-Postulat 3397 wurde aus finanziellen Erwägungen eingereicht, denn schliesslich seien die Steuereinnahmen der Jahre 2001 und 2002 noch nicht definitiv bekannt. Es sei gefährlich, ohne Kenntnis dieser Zahlen den zur Debatte stehenden Betrag zu sprechen. Die Postulanten gehen davon aus, dass bis zum Vorliegen der Separat-Vorlage zum Feuerwehr-Fahrzeug die definitiven Steuerzahlen 2001 vorliegen und ein Trend für 2002 abzusehen ist. So könnte im Rat nochmals gemeinsam über das Kombifahrzeug diskutiert und ein Beschluss gefasst werden.

Departementsvorsteherin Einwohnerdienste/Sicherheit, **Nicole Nüssli**: Der Gemeinderat erklärt sich mit diesem Vorgehen einverstanden. Es mache auch durchaus Sinn, wenn nicht heute Abend losgelöst vom Feuerwehrkonzept über das Feuerwehr-Kombifahrzeug entschieden wird, sondern beides zusammen beraten wird.

**://**

Das Budget-Postulat von Robert Richner und Iris Zihlmann, FDP-Fraktion, betreffend Pos. 140-506.04 und Pos. 140-661.01, Investition Kombifahrzeug Feuerwehr, Subvention für das Kombifahrzeug:  
Streichung der gesamten Position, netto -CHF 328'000  
wird unter der Bedingung zurückgezogen, dass der Gemeinderat dem Einwohnerrat im Rahmen der Beratung von Geschäft 3304A, Feuerwehr-Konzept Allschwil, eine Sondervorlage betreffend Investition Kombifahrzeug unterbreitet.

**1.2.18 Budget-Postulat von Bruno Steiger, SD-Fraktion, betreffend Pos. 140-506.04 und Pos. 140-661.01, Investition Kombifahrzeug Feuerwehr, Subvention für das Kombifahrzeug:  
Streichung der gesamten Position, netto -CHF 328'000, Geschäft 3408**

Der Postulant **Bruno Steiger**, SD-Fraktion, bezüglich Feuerwehrkonzept: Auffällig oft werde darin das Kombifahrzeug erwähnt, welches aber nicht dringlich angeschafft werden müsse. Auf dem aktuellen Sparkurs wäre es seiner Meinung nach falsch, das Postulat jetzt zurückzuziehen. Für das FDP-Ansinnen hat er zwar Verständnis, möchte jedoch trotzdem über sein Postulat abstimmen lassen.

Gemeinderätin **Nicole Nüssli** macht darauf aufmerksam, dass heute nicht das Feuerwehr-Konzept zur Diskussion steht, sondern es inhaltlich nur um die Budget-Position Kombi-Fahrzeug gehe. Die beiden alten Feuerwehr-Fahrzeuge zu unterhalten verursache Kosten, die zu Buche schlagen und eventuell schon im nächsten Jahr der Betrag erreicht sei, welcher ein neues Fahrzeug kosten würde. Die neuste Offerte für ein Kombifahrzeug Feuerwehr ist in Höhe von CHF 258'000 (Eintauschpreis); dieses belastet die Laufende Rechnung mit der Abschreibung der Investition von CHF 25'800. Auch die Feuerwehr gehöre zum Thema Sicherheit, macht die Departementsvorsteherin deutlich; deshalb sei es durchaus richtig, wenn dieses Fahrzeug angeschafft werde. Der Gemeinderat sei bereit mittels Separat-Vorlage beim Feuerwehr-Konzept auch nochmals

die Anschaffung des Fahrzeuges eingehend zu diskutieren. Dies gibt dem Einwohnerrat Gelegenheit, allenfalls Einwände gegen die Anschaffung vorzubringen. Wird aber heute die Budget-Position gestrichen, so sei dies eine klare Botschaft für den Gemeinderat wie für die Feuerwehr, dass der Einwohnerrat dieses Kombi-Fahrzeug nicht anschaffen möchte und diesen Betrag für die Sicherheit der Bevölkerung nicht ausgeben will. Die Verantwortung könne damit nicht abgegeben werden.

**Hanspeter Frey**, FDP-Fraktion, empfiehlt Ablehnung der Budget-Postulate bezüglich Feuerwehr-Fahrzeug. Der Gemeinderat sei bereit, eine separate Vorlage für das Kombi-Fahrzeug zu unterbreiten. Wird das Budget-Postulat jedoch heute überwiesen, entfällt diese Budget-Position und die Rechnung schliesst um den Betrag von CHF 328'000 besser ab.

**Stevie Brügger**, CVP/SVP-Fraktion, zum Feuerwehr-Konzept: Er findet es schade, dass jetzt, wo bekannt ist, dass im Januar 2003 die Reform für den Bevölkerungsschutz im Kanton Basellandschaft in die Vernehmlassung geht, ein schlechtes Konzept, welches gar keines sei, durchgedrückt und CHF 30'000 dafür ausgegeben werde. Er schlägt vor, das Ergebnis der Vernehmlassung abzuwarten, damit auf der Basis des kantonalen Gesetzes aufgebaut werden kann.

Dem Feuerwehr-Konzept habe er eines entnehmen können: Allschwil verfügt über eine sehr gute Feuerwehr, welche gut ausgerüstet ist. Dies konnte auch anlässlich der Katastrophenübung „Albatros“ festgestellt werden. Es sei auch klar, dass irgendwann ein neues Feuerwehr-Magazin benötigt wird. Im Moment sei jedoch ein Kombi-Fahrzeug kein Muss. Er ist für Ueberweisung des Budget-Postulates.

**Jean-Jacques Winter**, SP-Fraktion, rekapituliert, dass heute drei identische Budget-Postulate vorliegen von drei Fraktionen, welche festgestellt haben, dass hier etwas nicht übereinstimmt mit dem Beschluss vom 23.1.2002, welcher beinhaltet, dass ein Feuerwehrkonzept vorgelegt und aufgrund dessen auch über die Anschaffung des Kombi-Fahrzeuges sowie Grösse, Ausrüstung der Feuerwehr etc. entschieden werden soll. Deshalb sei es konsequent, dem Budget-Postulat zu folgen. Es gehe nicht um die Feuerwehr an sich, sondern um das Vorliegen genauer Zahlen, mit denen das neue Jahr begonnen werden kann.

**Dr. Guido Beretta**, FDP-Fraktion, hält fest, dass auch eine Zustimmung zum Budget-Postulat nicht bedeute, dass das Feuerwehr-Fahrzeug nie mehr angeschafft werden könne. Es bewirke lediglich, dass im Budget 2003 kein Geld für die Anschaffung bereit gestellt wird. Er schliesst sich vom Vorgehen her der Meinung von Jean-Jacques Winter an. Aber es wäre besser, wenn der Gemeinderat von sich aus den Betrag von CHF 328'000 aus dem Budget 2003 streichen würde.

**Kurt Kneier**, CVP/SVP-Fraktion: Allen Ratsmitgliedern liegt das Feuerwehr-Konzept vor. Wird nun heute Abend der Entscheid über das Fahrzeug auf das Konzept hinausgeschoben, so sei dies nicht ganz ehrlich. Er wird sich bei der Beratung des Feuerwehr-Konzeptes eingehend äussern und bittet den Rat, sich gut darauf vorzubereiten und der Feuerwehr allfällige Erwartungen mitzuteilen.

Gemeinderätin **Nicole Nüssli** bemerkt, dass eine Ablehnung des Budget-Postulates für die Feuerwehr ganz klar bedeute, „der Einwohnerrat will das Fahrzeug nicht“. Deshalb würde es ihr Mühe bereiten, dieses Anliegen mittels Verpflichtungskredit nochmals vor den Rat zu bringen. Sie bittet den Rat aus diesem Grund um klare zustimmende Voten, damit ein Anreiz besteht, das Dossier nochmals zu unterbreiten.

**Stevie Brügger**, CVP/SVP-Fraktion, hält dezidiert fest, dass man sich ganz klar zur Allschwiler Feuerwehr bekenne. Die derzeitige Ablehnung der Feuerwehrfahrzeug-Anschaffung sei keinesfalls ein Votum gegen die Feuerwehr. Wie in der Privatwirtschaft würde jedoch zuerst ein Konzept erarbeitet und dann über die Einzelheiten entschieden.

**Dr. Guido Beretta**, FDP-Fraktion, erkundigt sich bei Kurt Kneier, was er unter ehrlicher Politik verstehe. Ansonsten schliesst er sich vollumfänglich dem Votum Brügger an. Unehrllich wäre seiner Meinung nach, bei Ablehnung des Postulates nächstes Jahr hören zu müssen, dass der Betrag im Budget 2003 enthalten sei und der Anschaffung deshalb zugestimmt werden müsse.

**://:**

Das Budget-Postulat von Bruno Steiger, SD-Fraktion, betreffend Pos. 140-506.04 und Pos. 140-661.01, Investition Kombifahrzeug Feuerwehr, Subvention für das Kombifahrzeug:  
Streichung der gesamten Position, netto -CHF 328'000  
wird mit 31:6 Stimmen gutgeheissen.

**1.2.19 Budget-Postulat von Christoph Morat namens SP-Fraktion, betreffend Pos. 140-506.04 und Pos. 140-661.01, Investition Kombifahrzeug Feuerwehr, Subvention für das Kombifahrzeug: Streichung der gesamten Position, netto -CHF 328'000, Geschäft 3409**

Der Postulant **Christoph Morat**, SP-Fraktion, zieht seinen Vorstoss 3409 zurück.

**://:**

Das Budget-Postulat von Christoph Morat namens SP-Fraktion, betreffend Pos. 140-506.04 und Pos. 140-661.01, Investition Kombifahrzeug Feuerwehr, Subvention für das Kombifahrzeug:  
Streichung der gesamten Position, netto -CHF 328'000  
wird vom Postulanten zurückgezogen.

**1.2.20 Budget-Postulat von Christoph Morat, SP-Fraktion, betreffend Pos. 620-501.14, Investition Öffentliche Beleuchtung, Neuanlage: Erhöhung um CHF 120'000, Geschäft 3410**

Der Postulant Christoph Morat, **SP-Fraktion**: Dieser Vorstoss sei heute Abend der dritte in Sachen Sicherheit und gekoppelt mit dem Vorstoss „Ruftaxi“. Das Budget für die Erneuerung der öffentlichen Beleuchtung wurde im Dezember 2001 so stark gekürzt, dass diese erst in 10 Jahren fertig gestellt sein wird. Er bittet um Zustimmung

Departementsvorsteher Tiefbau/Umwelt, **Paul Schüpbach**: Vor einem Jahr habe der Einwohnerrat zu seinem grossen Missfallen diesen Budgetposten auf CHF 175'000 halbiert. Diese Vorgabe hat die Verwaltung im Jahr 2002 eingehalten. Es wäre inkonsequent und inkoherent seitens Gemeinderat, wenn er im neuen Budget erneut den ursprünglichen Betrag von CHF 350'000 eingesetzt hätte. Auch im Jahr 2003 wird der Einwohnerratsentscheid respektiert, weshalb im Budget nur CHF 175'000 eingesetzt wurden. Im Übrigen ist Paul Schüpbach sehr der Meinung, dass die öffentliche Beleuchtung die Sicherheit erhöhen kann.

**Dr. Guido Beretta**, FDP-Fraktion, gibt erfreut seine guten Erfahrungen mit der erneuerten Beleuchtung am Lindenplatz bekannt. Er gratuliert Gemeinderat Schüpbach zu dieser Verbesserung und bittet um Geduld, bis sämtliche Beleuchtungskörper in Allschwil ersetzt sind.

**Mark Aellen**, SP-Fraktion: „Irren ist menschlich“. Der Einwohnerrat solle nun Mut beweisen und seinen Fehlentscheid vom Dezember 2001 korrigieren. Aus Fehlern könne

man lernen. Nur dank einer defekten Lampe sei Guido Beretta und auch er in seiner Strasse in den Genuss einer besseren Beleuchtung gekommen.

**://:**

Das Budget-Postulat Nr. 3410 von Christoph Morat, SP-Fraktion, betreffend Pos. 620-501.14, Investition Öffentliche Beleuchtung, Neuanlage: Erhöhung um CHF 120'000 wird mit 21:17 Stimmen abgelehnt.

### **1.2.21 Budget-Postulat von Robert Richner und Iris Zihlmann, FDP-Fraktion, betreffend Pos. 740-503.01, Investitionsrechnung, Friedhof, Geschäft 3398**

Namens der Postulanten teilt **Iris Zihlmann** mit, dass das Postulat aufgrund neuer Erkenntnisse zurückgezogen wird. Sie legt aber Wert darauf festzuhalten, dass nicht dringend notwendige Ausgaben vermieden werden sollen.

**://:**

Das Budget-Postulat von Robert Richner und Iris Zihlmann, FDP-Fraktion, betreffend Pos. 740-503.01, Investitionsrechnung, Friedhof, Sanierung Kapelle und Nebengebäude: Kürzung um CHF 900'000 wird von den Postulanten zurückgezogen.

## **1.3 DETAILBERATUNG**

### **1.3.1 Voranschlag der Einwohnerkasse**

#### **Laufende Rechnung:**

##### Allg. Verwaltung

**Mark Aellen**, SP-Fraktion, entnimmt der Position, dass die Verwaltungsangestellten grosszügigerweise auf Personalvorzüge (Reisemarken, Personalausflug) verzichtet haben. Wird dieser Entscheid von den Mitarbeitenden unterstützt oder wurde er vom Gemeinderat gefällt?

Gemeindepräsidentin **Ruth Greiner**: Der Verzicht auf die Ausgabe von REKA-Cheques hat der Gemeinderat nach Rücksprache mit der Paritätischen Personalkommission beschlossen. Das Interesse am alle zwei Jahre stattfindenden Personalausflug war gemäss einer Umfrage nur gering. Aus diesem Grund wurde entschieden, an dessen Stelle jedes Jahr ein grosszügiges Personalesen als Dankeschön für die Mitarbeitenden durchzuführen.

**Mark Aellen** dankt den Verwaltungsmitarbeiter/innen an dieser Stelle bestens für deren Sparwillen.

##### Öffentliche Sicherheit

Keine Wortmeldung.

##### Bildung

Keine Wortmeldung.

##### Kultur und Freizeit

Keine Wortmeldung.

Gesundheit

Keine Wortmeldung.

Soziale Wohlfart

Keine Wortmeldung.

Verkehr

Keine Wortmeldung.

Umwelt und Raumplanung

**Mark Aellen**, SP-Fraktion: Die Position 780-364, Fluglärm, wurde auf CHF 0 gekürzt. Interpretiert er diese Reduktion richtig, dass Allschwil nicht mehr Mitglied beim Schutzverband der Bevölkerung um den Flughafen Basel-Mülhausen und beim Forum Flughafen – nur mit der Region ist?

Gemeindepräsidentin **Ruth Greiner** teilt mit, dass im Voranschlag 2003 verpasst wurde, diese Beträge zu budgetieren. Der Gemeinderat wird den Betrag jedoch in eigener Finanzkompetenz sprechen. Allschwil ist also weiterhin Mitglied in diesen beiden Organisationen.

Abwasserbeseitigung

Keine Wortmeldung.

Abfallbeseitigung

Keine Wortmeldung.

Volkswirtschaft

Keine Wortmeldung.

Finanzen und Steuern

Keine Wortmeldung.

**Investitionsrechnung:**

Allg. Verwaltung

Keine Wortmeldung.

Oeffentliche Sicherheit

Keine Wortmeldung.

Bildung

Keine Wortmeldung.

Kultur und Freizeit

Keine Wortmeldung.

Gesundheit

Keine Wortmeldung.

Verkehr

Keine Wortmeldung.

Umwelt und Raumplanung

Keine Wortmeldung.

Finanzen und Steuern

Keine Wortmeldung.

### 1.3.2 Festsetzung der Gemeindesteuern pro 2003

#### 1.3.2.1 Budget-Postulat von Bruno Steiger, SD-Fraktion, betreffend Pos. 900-400, Steuern Natürliche Personen, Einkommenssteuern, Steuerfuss auf 57% belassen: Kürzung um CHF 600'000, Geschäft 3411

Der Postulant **Bruno Steiger**, SD-Fraktion, hält es für ein falsches Signal, im jetzigen Zeitpunkt den Steuersatz zu erhöhen. Er plädiert für die Beibehaltung des heutigen Steuerfusses von 57 %. Sind mehr Einnahmen vorhanden, wird mehr Geld ausgegeben, befürchtet er. Er bittet um Zustimmung zum Vorstoss 3411.

Schriftlich reicht die **SP-Fraktion** den Antrag auf Erhöhung des Steuerfusses von 57 % auf 59 % ein. **Peter Humbel**: Ein Steuerprozent entspricht Einnahmen von CHF 600'000 bis 650'000. Im Hinblick auf das Eigenkapital und auf die unbekanntenen finanziellen Anforderungen des neuen kantonalen Bildungsgesetzes wird eine Erhöhung des Steuersatzes um 2 % verlangt.

Der Finanzvorsteher **Dr. Leo Zehnder** ist erfreut über die eindrückliche Unterstützung der Sporbemühungen des Gemeinderates auf der Ausgabenseite. Nun sollten auch die Bemühungen, die Einnahmenseite zu verbessern, unterstützt werden. Ist dies nicht der Fall, muss ein Defizit von CHF 1.6 Mio. in Kauf genommen werden. Nur mit einem sehr grossen Effort kann das Defizit auf weniger als CHF 1 Mio. reduziert werden. Wird jetzt nicht gehandelt, so würden die Probleme nur vorhergeschoben, nicht aber gelöst. Leo Zehnder zeigt die Entwicklung des Finanzfehlbetrages auf. Es muss aber nicht nur ein Finanzfehlbetrag vermieden werden, sondern auch Vermögen geschaffen werden. Dies kann nur durch einen positiven Rechnungsabschluss erreicht werden. Wird die Steuererhöhung abgelehnt, muss in den nächsten Jahren mit grösseren Steuererhöhungen gerechnet werden. Auch die Verschuldung wird massiv zunehmen. Diese Tatsachen fordern ein sofortiges Handeln. Aus diesem Grund bittet der Finanzvorsteher um Ablehnung dieses Budget-Postulates.

**Dr. Guido Beretta**, FDP-Fraktion, fordert Gemeinderat Zehnder auf, den Antrag der SP-Fraktion für einen Steuersatz von 59 % ebenso ausführlich zu begründen. Zudem fordert er ein Time Out, um die vorliegenden Anträge innerhalb der Fraktionen besprechen zu können.

Gemeinderat **Dr. Leo Zehnder**: Der Gemeinderat hat seine Überlegungen nicht nur finanzpolitisch gewichtet, sondern auch rein politisch. Es habe keinen Wert, in einer Situation mit wenig Aufbruchstimmung zuviel zu verlangen. Die Wirtschaftsprognosen sind allgemein negativ. Der Gemeinderat wird in den nächsten Jahren dem Einwohnerrat und dem Stimmvolk wichtige Entscheide unterbreiten. In dieser Situation wäre es politisch nicht geschickt, eine übertriebene Steuerpolitik zu verfolgen. Der Gemeinderat hält an seiner Erhöhung des Steuersatzes um 1 % fest und hofft auf Unterstützung des Einwohnerrates.

**Verena Meschberger**, FIREKO-Präsidentin, unterstützt das Votum Zehnder. Beim Finanzplan hat sich die FIREKO auf einen sehr kurzen Kommentar beschränkt, weil das Budget noch in vielen Faktoren ungewiss ist. Andererseits hat die FIREKO seit vielen Jahren eine Überprüfung der Finanz-Strukturen angeregt.

**Kurt Kneier**, CVP/SVP-Fraktion, gratuliert der SP-Fraktion für ihren mutigen Antrag auf 2 % Steuererhöhung – so kurz vor den Wahlen. Er persönlich befürworte jedoch jährliche Steuererhöhungen. Heute Abend habe der Einwohnerrat seinen Sparwillen unter Beweis gestellt. Das Budget sei auf den Steuersatz ausgelegt, der effektiv im 2003 benötigt

werde. Er bittet die SP zu überdenken, das zweite Steuerprozent für späteren Bedarf „im Köcher zu behalten“.

**Robert Richner**, FDP-Fraktion, zitiert Gemeinderat Zehnder, dass seinem Wunsch auf Steuererhöhung auf 58 % vom Parlament im Dezember 2001 nicht entsprochen wurde. Diesbezüglich weist er darauf hin, dass ein halbes Prozent bereits durch die Teuerung erreicht wurde, welche weniger hoch als budgetiert ausgefallen ist.

**Bruno Steiger**, SD-Fraktion, hält die Argumentation des Finanzchefs für Panikmache. Betrachtet man den Finanzplan, so enthält dieser viele fragwürdige Investitionen, so z.B. einen Veranstaltungssaal. Zudem wurden auch neue Einnahmequellen erschlossen, wie z.B. die Überbauung des Ziegeleiareals. Allschwil hat also eine Zukunft. Vielen Leuten sei es nicht zumutbar, jetzt höhere Steuern zu beschliessen. Der Gemeinderat müsse lediglich den eingeschlagenen Sparkurs weiterverfolgen, dann komme Allschwil finanziell gut über die Runden. Bruno Steiger beantragt namentliche Abstimmung über den Steuersatz.

Bereits haben 5 Ratsmitglieder schriftlich eine namentliche Abstimmung über den Steuersatz gefordert.

>>> Time Out <<

Der Vorsitzende **Alexandre Philipp** gibt das Abstimmungsprozedere bekannt:

a) Gegenüberstellung der beiden Anträge aus dem Parlament:  
Antrag Budget-Postulat Bruno Steiger, SD-Fraktion: Steuersatz 57 %  
versus  
heute Abend eingereichter Antrag SP-Fraktion: Steuersatz 59 %

b) Der obsiegende Steuersatz wird dem gemeinderätlichen Antrag auf einen Steuersatz von 58 % gegenübergestellt.

Die Festsetzung des Steuersatzes bedarf gemäss VOR § 10 Ziff. 4 einer 2/3 Mehrheit oder der Zustimmung von mindestens 21 anwesenden Ratsmitgliedern.

**//:**

Mit 14:11 Stimmen, bei 2 Enthaltungen wird der Steuersatz von 59 % gutgeheissen.

**Bruno Steiger**, SD-Fraktion, stellt den Ordnungsantrag auf Wiederholung dieser Abstimmung wegen Unklarheit.

**//:** Mit 18:16 Stimmen, bei 3 Enthaltungen, wird dem Steuersatz von 59 % gemäss Antrag der SP-Fraktion den Vorzug gegeben, wodurch das Budget-Postulat von Bruno Steiger, SD-Fraktion, betreffend

Pos. 900-400, Steuern Natürliche Personen, Einkommenssteuern, Steuerfuss auf 57% belassen: Kürzung um CHF 600'000

mit 18:16 Stimmen, bei 3 Enthaltungen, abgelehnt ist.

**//:** Mit 21:13 Stimmen, bei 5 Enthaltungen, wird dem gemeinderätlichen Antrag auf einen Steuersatz von 58 % den Vorzug gegeben.

**Abstimmung unter Namensaufruf vom 11. Dezember 2002**  
**Geschäft 3383, Steuersatz 58 %**

Einwohnerrat	JA	NEIN	ENTHALTUNG
Aellen Mark		X	
Amsler Max		X	
Bartlome Thomas		X	
Beretta-Sohm Guido, Dr.	X		
Bieri Armin	X		
Brügger Stefan	X		
Burren Niklaus	X		
Corvini Ivo Dr.		ABWESEND	
Cueni Lucius	X		
Degen Fabienne	X		
Frei-Cavelti Karl	X		
Frey-Rieder Hanspeter	X		
Gass Jürg	X		
Hartmann Yves	X		
Hauser Peter		X	
Humbel-Schiess Peter	X		
Julier-Karmelitta Arnold	X		
Keller-Maurer Felix	X		
Kneier-Rehmann Kurt	X		
Märky-Schällibaum Alice	X		
Matiz Danilo	X		
Meschberger Verena	X		
Meyer-Zehnder Beat	X		
Morat Christoph	X		
Müller Daum Verena	X		
Neeser Eugen	X		
Oppliger Jan		ABWESEND	
Oppliger-Zurschmitten Mathilde	X		
Philipp Alexandre		X	
Piatti Aldo		X	
Piatti Claudia		X	
Pozivil-Pfister Ursula		X	
Richner Robert	X		
Salvisberg Beatrice	X		
Schneider Ornella		X	
Segglinger Erwin		X	
Steiger Bruno		X	
Wagner-Jung Margaret	X		
Winter-Bitterli Jean-Jacques	X		
Zihlmann-Glanzmann Iris	X		

**://**

Gestützt auf die Berichte des Gemeinderates und der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission betreffend Voranschläge der Einwohnerkasse sowie Festsetzung der Gemeindesteuern, der Feuerwehrsteuer und des Wasserpreises für das Jahr 2003 wird – unter Berücksichtigung der überwiesenen Budget-Postulate 3390, 3394, 3396, 3401 sowie 3408 - wie folgt beschlossen:

1. Mit 27:11 Stimmen (2/3-Mehr = 26 Stimmen) wird der Steuerfuss für die Einkommens- und Vermögenssteuer der Natürlichen Personen auf 58 % der Staatssteuer festgelegt.
2. Die Steuersätze für die Juristischen Personen werden wie folgt festgelegt:

Kapitalgesellschaften  
 Ertrag 5,0 %  
 (einstimmig gutgeheissen)

Genossenschaften  
 Kapital 5,0 %  
 (einstimmig gutgeheissen)

Vereine, Stiftungen, übrige juristische Personen

---

Ertrag Kapital (einstimmig gutgeheissen)	58,0 % der Staatssteuer 5,0 ‰
--	----------------------------------

Holdingsgesellschaften a) Liegenschafts-Nettoertrag (einstimmig gutgeheissen)	58,0 % der Staatssteuer
---	-------------------------

b) von ausländischen quellenbesteuerten Einkommen (einstimmig gutgeheissen)	5,0 %
--	-------

c) Kapital (einstimmig gutgeheissen)	0,25 ‰
---	--------

Domizilgesellschaften Kapital (einstimmig gutgeheissen)	1,0 %
---	-------

3. Mit 30 Stimmen, bei 4 Enthaltungen, wird die Feuerwehrsteuer für die Ersatzpflichtigen auf 6 % der Gemeindesteuer für Natürliche Personen festgelegt.
4. Mit 35 Stimmen, bei 1 Enthaltung, wird der Wasserverkaufspreis auf CHF 1.30 pro m<sup>3</sup> zuzüglich 2,4 % Mehrwertsteuer aufgrund des effektiven Verbrauchs festgelegt.
5. Die separate Fürsorgesteuer wird nicht mehr erhoben.

Finanzvorsteher **Dr. Leo Zehnder** dankt für die weisen Entscheide und für das Ausharren des Einwohnerrates. Zu Händen der Presse gibt er folgendes Schlussresultat bezüglich Voranschläge 2003 bekannt:

- Das veranschlagte Defizit für das Jahr 2003 beträgt unter Berücksichtigung der überwiesenen Budget-Postulate CHF 907'060.
  - Die Investitionsrechnung beträgt CHF 4'750'200, dies nach Abzug der Investition für das Feuerwehr-Kombifahrzeug.
6. Mit 36 Stimmen, bei 2 Enthaltungen, werden die Voranschläge für die Einwohnerkasse für das Jahr 2003 genehmigt.